

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungssatz Nr. 4099 a. u. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 144.

Freitag, den 23. Juni 1899.

6. Jahrgang.

Genossen! Agitiert rege für die Bürgerschaftswahlen!

Hierzu eine Beilage.

Das neue Invaliditätsversicherungsgesetz.

Was bietet das Gesetz an Verschlechterungen, was an Verbesserungen?

Als Verschlechterungen sehen wir die dem Bundesrath eingeräumte Befugniß an, ausländische Arbeiter von der Versicherungspflicht zu befreien. Sollte der Bundesrath von dieser Befugniß Gebrauch machen, so wird freilich dadurch eine neue Veranlassung gegeben sein, im Reichstag die erbärmlichen Zustände in Ostelbien zu beleuchten. Der aufklärende Erfolg solcher Debatten läßt sich voraussichtlich mit Rücksicht auf die unfreiwillige Mitarbeit, die Graf v. Minskowström und Genossen bei solcher Gelegenheit zu leisten pflegen, nicht zu gering anschlagen.

Ein weiterer Nachtheil des Gesetzes liegt in der ungerechten Zulassung und Regelung der Selbstversicherung. Es ist aus dem Bestreben, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung scheinbar dem „Mittelstand“ zu helfen, die Bestimmung hervorgegangen, auch „Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen und sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, ferner Lehrer und Erzieher, sowie Schiffsführer, sämmtlich insofern ihre regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt mehr als zweitausend Mark, aber nicht über dreitausend Mark beträgt“, zur Selbstversicherung zuzulassen. Diese ungerechte Bestimmung kann aber immerhin zur Beleuchtung der scheinheiligen Versprechungen, dem Mittelstand helfen zu wollen, dienen. Mit diesen beiden Bestimmungen ist der Kreis der erheblichen Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Gesetz im Wesentlichen erschöpft.

Diesen Verschlechterungen stehen eine Anzahl Verbesserungen gegenüber. Wir heben die wichtigsten hervor.

Der Kreis der Zwangsversicherten, aus dem die Gelegenheitsarbeiter und die Schiffsführer mit über 2000 Mark Gehalt ausgeschlossen sind, ist etwas erweitert. Es sollen nämlich künftig auch andere Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, sowie Lehrer und Erzieher, sofern sie unter 2000 Mark Lohn oder Gehalt beziehen, versicherungspflichtig sein. Die Hausindustriellen sind leider lediglich für versicherungsberechtigt erklärt und können nur durch Beschluß des Bundesraths für versicherungspflichtig erklärt werden. Der Bundesrath ist gleichzeitig ermächtigt, festzusetzen, daß die Inhaber der Großgeschäfte, in deren Auftrag Zwischenpersonen (Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister) gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten lassen, gehalten sein sollen, rückwärtslich der von den Zwischenpersonen beschäftigten Hausgewerbetreibenden und deren Gehilfen die in dem Gesetz den Arbeitgebern auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn auch der Reichstag es abgelehnt hat, diese Befugniß zu einer Verpflichtung umzugestalten, wird abermals der etwaige Nichtgebrauch dieser bundesrathlichen Befugniß bei den Staatsdebatten Veranlassung geben, darauf zu dringen, daß von dieser Befugniß umfassender Gebrauch gemacht wird.

Die Höhe der Renten ist etwas vortheilhafter festgesetzt worden.

Die Höhe der Altersrente wird aus dem Reichszuschuß (50 Mark) mit dem Anstaltszuschuß zusammengefaßt, der zur Zeit nach Maßgabe der Beitragsklassen und der Anzahl der Beitragswochen berechnet wird. Es beträgt danach die Altersrente (wenn nur Marken aus einer einzigen Lohnklasse in Betracht kommen): in Lohnklasse I: 106,40, in Lohnklasse II: 134,60, in Lohnklasse III: 162,80, in Lohnklasse IV: 191,00 Mark.

Die Höhe der Invalidenrente richtet sich zur Zeit nach der Anzahl und der Höhe der geleisteten Beiträge. Sie wird in folgender Weise berechnet: Zu einer Summe von 110 Mk. (50 Mk. Reichszuschuß, 60 Mk. Invaliditätsanstalts-Zuschuß) werden so viel mal 2, 6, 9 oder 13 Pfg. addirt, als in der I., II., III. oder IV.

Lohnklasse Beiträge entrichtet sind. Das neue Gesetz nimmt folgende Aenderungen vor: Der Invaliditätsanstalts-Zuschuß bleibt nicht mehr für alle Klasse derselbe, sondern soll für die Lohnklasse I: 60, II: 70, III: 80, IV: 90, V: 100 Mk. betragen. Der Berechnung des Grundbetrages der Invalidenrente werden stets 500 Beitragswochen zu Grunde gelegt. Sind weniger als 500 Beitragswochen nachgewiesen, so werden für die fehlenden Wochen Beiträge der Lohnklasse I in Ansatz gebracht; sind mehr als 500 Beitragswochen nachgewiesen, so sind stets die 500 Beiträge der höchsten Lohnklassen zu Grunde zu legen. Kommen für diese 500 Wochen verschiedene Lohnklassen in Betracht, so wird als Grundbetrag der Durchschnitt der diesen Beitragswochen entsprechenden Grundbeträge in Ansatz gebracht. Der Steigerungssatz endlich soll für jede Woche in der Lohnklasse I: 3, II: 6, III: 8, IV: 10, V: 12 Pfg. betragen. Danach stellt sich folgender Unterschied zwischen den heutigen und künftigen Renten heraus:

Zahl der Beitragswochen	Es berechnet sich die Invalidenrente beim Nachweis der in der ersten Rubrik verzeichneten Beitragswochen in Lohnklasse									
	auf Mark nach den Bestimmungen des									
	I	II	III	IV	V					
	alten Gesetzes	neuen Gesetzes	alten Gesetzes	neuen Gesetzes	alten Gesetzes	neuen Gesetzes	alten Gesetzes	neuen Gesetzes	alten Gesetzes	neuen Gesetzes
300	116	119	128	138	137	154	149	170	186	186
500	120	125	140	150	155	170	175	190	210	210
700	124	131	152	162	173	186	201	210	234	234
1000	130	140	170	180	200	210	240	240	270	270
1500	140	155	200	210	245	250	240	290	330	330

Die Rentenhöhe ist also etwas, freilich infolge des Verhaltens der bürgerlichen Parteien recht unbedeutend erhöht.

Die Voraussetzungen zur Erlangung der Rente sind etwas verbessert. Der neue Begriff der Erwerbsunfähigkeit erleichtert verständigen Richtern, wirkliche Erwerbsunfähige auch als solche zu bezeichnen. Ferner ist die Wartezeit von 235 auf 200, von 1410 auf 1200 Wochen herabgesetzt. Von Wichtigkeit ist folgende Neuerung. Die Invalidenrente kann nach dem bestehenden Gesetz auch dann gewährt werden, wenn Jemand nicht dauernd erwerbsunfähig, aber 52 Wochen lang ununterbrochen erwerbsunfähig (also vor Allem krank) war und noch erwerbsunfähig ist. Diese Zeit ist durch das neue Gesetz auf 26 Wochen herabgesetzt worden. Im Anschluß hieran ist die Regierung ersucht, baldigst eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vorzulegen, durch welche die Minimalleistung der Klassen von 13 auf 26 Wochen erhöht wird.

Ein Mittel zur Vorbeugung der Invalidität ist ein zweckentsprechendes, auf längere Dauer berechnetes Heilverfahren mit daran anschließender Sorge für Rekonvaleszenten. Ein solches Heilverfahren zwecks Abwendung drohender Invalidität kann von der Versicherungsanstalt nach zutreffender Ansicht schon heute eingeleitet werden. Diese Befugniß ist in den neuen §§ 12, 12a, 12b, 12bb, 12c, 12d des Gesetzesentwurfes zum klaren Ausdruck gekommen. Soll solches Heilverfahren zu gezielten Resultaten führen, so muß der Familie des in einer Heilanstalt Aufgenommenen ein hinreichendes Krankengeld gewährt werden. Es müßte auch, soll der beabsichtigte Zweck, Invalidität zu verhindern, erreicht werden, ein Zwang zu solchem Heilverfahren ausgesprochen werden, wenn der Versicherte und die Krankenkasse, der er angehört, ein solches Heilverfahren begehren. Darauf abzielende Anträge sind jedoch abgelehnt. Auf dem Gebiet der Verhütung des Eintritts einer Invalidität liegt der soziale Kern einer verständigen Invaliditätsgesetzgebung. Ueber die reichsgesetzliche Glied-

arbeit an den partikularrechtlichen Armengesetzen hinaus eröffnet die Verhütung der Invalidität ein weites, für das Allgemeinwohl und die Arbeiterklasse dankbares soziales Gebiet. Daß dennoch der Erlaß von Schutzvorschriften gegen gesundheitschädliche Einflüsse durch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildete Kommissionen und Fürsorge für Erkrankte vom Beginn der Krankheit ab abgelehnt ist, hat die Arbeiterschaft dem „arbeiterfreundlichen“ Zentrum zu verdanken.

Zu den Verbesserungen durch das neue Gesetz ist ferner die Aufhebung des kostspieligen und schädlichen Instituts des Staatskommissariats zu rechnen.

Auch im Verfahren sind eine Reihe kleiner Verbesserungen eingetreten. So muß das Schiedsgericht künftig aus fünf Mitgliedern (zwei Versicherten, zwei Arbeitgebern und dem Vorsitzenden) bestehen. Für die Reihenfolge der Zuziehung der Arbeitnehmer soll das Statut Bestimmungen treffen. Berufung kann vom 1. Januar 1900 ab bei jeder Behörde eingeleitet werden; durch diese Bestimmung wird die Zahl der durch Gesetzeskenntniß verspätet eingelegten Berufungen sich verringern. Ferner muß der Landrath oder die sonstige untere Verwaltungsbehörde, wenn sie ein Gutachten gegen Gewährung oder für Entziehung einer Rente abgeben will, künftig zur Begutachtung einen Arbeiter und einen Arbeitgeber heranziehen. Möglicherweise werden auch mit Laien besetzte Rentenstellen mit den früher dargelegten Befugnissen errichtet. Sollte ihre Errichtung nach Wunsch der Ostelbier und ihres Beschützers, des Ministerialdirektors von Woedike, auf dem Lande unterlassen werden, so würde zu dem überreichen Agitationsstoff auf dem Lande ein neuer hinzugefügt werden.

Die bei der Selbstversicherung erforderlichen Zusätze markten fallen in Zukunft fort. Sinegen rechnet für die Dauer von vier Monaten ohne weiteres künftig als Arbeitszeit die vorübergehende Unterbrechung eines ständigen Arbeits- oder Dienstverhältnisses zu einem bestimmten Arbeitgeber, die Unterbrechung der Saisonarbeit und die zum Zwecke des Verdienstes unternommene Beschäftigung mit Spinnen, Stricken, oder ähnlichen leichten häuslichen Arbeiten, wie sie landesüblich von alternen oder schwächlichen Leuten geleistet zu werden pflegen. Durch diese neue Bestimmung sind die Voraussetzungen zur Erlangung einer Rente für einen großen Kreis hilfsbedürftiger Arbeiter erleichtert. § 159 des Gesetzes trifft Fürsorge dafür, daß Ansprüche auf Renten, welche am 1. Januar 1900 noch schweben, den Bestimmungen des neuen Gesetzes insofern unterliegen, als dies für die Berechtigten günstiger ist.

In Anknüpfung an den bekannten Ausgleich hat der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokraten die ihm durch das alte Gesetz beschränkte Kompetenz erweitert. Im Gegensatz zum heutigen Gesetz ist künftig zur Umänderung der Anstaltsbezirke die Zustimmung des Reichstages erforderlich. Dadurch ist der agrarische Wunsch vereitelt, künftige Defizits ostelbischer Anstalten durch Zusammenziehung mehrerer Anstalten auszugleichen. Die Gründe der Verschiedenheit der Lasten und des Vermögens der einzelnen Versicherungsanstalten beruhen theils auf Selbstverschuldung, theils auf vom Willen der Anstaltsorgane unabhängigen Verhältnissen. Mitbestimmende Faktoren sind: die mehr oder weniger genügende Kontrolle des Eingangs der Versicherungsbeiträge, die Höhe des Verwaltungsaufwands, die Lohnklassengruppierung, das Vorherrschen höherer oder niedriger Löhne, die Altersgruppierung, das Vorherrschen von Industrie oder Landwirtschaft, die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse, der Grad der Heilfürsorge für Erkrankte u. s. w. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei dem fast gänzlichen Mangel an sozialer Fürsorge in Ostelbien ostelbische Anstalten trotz des getroffenen Ausgleichs wieder Defizitsanstalten werden. Dann ist durch die hervorgehobene Bestimmung Fürsorge dafür getroffen, daß der Reichstag mit dem Gesetz abermals befaßt werden muß. Hoffentlich wird dann die sozialdemokratische Partei stark genug sein, den Reichstag zu veranlassen, statt Flickarbeit ganze Arbeit, statt einzelner

Verbesserungen eine organische Umgestaltung des verabschiedeten Gesetzes vorzunehmen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Süddeutschen Volksboten.“)

Berlin, den 20. Juni 1899.

Der Reichstag hatte heute zwischen die Beratung der Buchhausvorlage die Beratung des Nachtragsatzes über die Karolinen-, Palau- und Marianen-Abtretung eingeschoben. Die Vorlage, oder vielmehr die vier Vorlagen, entzettelten eine längere Beratung, von der man indessen nicht behaupten kann, daß sie auf der „Höhe der Zeit“ stand. Herr v. Bülow ist ein starrer Redner, der geborene Festredner, wie man im Hause wohl nicht mit Unrecht behauptet. Die Zustimmung, welche die Redner der meisten Parteien, dem Zuwachs des Reiches an Land und Deuten zu Theil werden ließen, wies die verschiedensten Nuancen auf: Von dem einen helteren, einem nassen Auge, mit dem Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung die Erwerbung der interessanten Inseln begrüßte, bis zur bekannten Hurrahsstimmung der Kolonialschwärmer Hoffe und Graf Arnim. Wir wollen nicht verfehlen, zu bemerken, daß auf dieser Stufenleiter der Empfindungen die Vollblutagrarien Dr. Rübke-Kaiserslautern und Graf Ranig dem Abg. Schrader näher als dem Grajen Arnim standen. Die bürgerliche Opposition kam in dem Abg. Wiewer zum Worte, den prinzipiell ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion brachte in trefflicher Weise Abg. Dieblich zum Ausdruck. Als die Karolinen-Affaire in erster und zweiter Lesung abgethan war, kam auf's Neue die Buchhausvorlage an die Reihe.

Den Reigen der Diskussionsredner eröffnete Graf Posadowsky. Seine Verteidigung der Vorlage war heute wenn möglich noch schwächer als gestern; mit dem hübschen Geschichtchen von den Kindern der Arbeitswilligen, die für die Sünden ihrer Väter büßen müssen, hat er seine hervorragende Begabung für die Mitarbeiterschaft am „Klabberadatsch“ und „Simplizissimus“ bewiesen. Herr Handelsminister Briesfeld plauderte in der treuherzigsten Weise aus, daß es sich beim § 8 des Gesetzes um ein kleines Ausnahmengesetz gegen die Vergarbeiter handle. Während Posadowsky, noch blutend von den Wunden, die er sich gestern geholt, sich wesentlich auf die Defensiv beschränkte, glaubte Herr Briesfeld offenst vorzugehen zu dürfen: er gerieth bei dieser Gelegenheit mit dem Präsidenten zusammen, der ihm unter lautem Beifall der Linken eine recht berbe Nüge zuteil werden ließ. Der sächsische Geheimrath Fischer suchte einmal wieder Mohrenwäsche an der sächsischen Justiz vorzunehmen; Gegenliebe fand er damit nicht. Große Heiterkeit erregte es, als er sich als eifrigsten Leser des „Vorwärts“ vorstellte. — Aus dem Hause kamen nur Gegner der Vorlage zum Worte. Abg. Rübke, Dessau brachte die Deynhauser Rede zur Sprache; gegen ihn richtete sich Herr Briesfelds schärfster Angriff. Scharf und schneidig sprach der süddeutsche Demokrat Hausmann, der gleich hinter Briesfeld zum Worte kam; auch er hatte ein kleines Rencontre mit dem Grafen Balleström — letzterer erklärte unter stürmischer Heiterkeit des Hauses, daß er weder eine bei noch eine abfällige Kritik seiner Geschäftsführung wünsche. Der Pole Czarlinsky und der Estländer Winterer sprachen kurz gegen die Vorlage. Um 5 1/2 Uhr ward die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

98. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Posadowsky, v. Bülow, Fehr, v. Thielmann.

Eingegangen ist die Berathungsvorlage, durch die der Reichstag bis zum 14. November vertagt wird. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der dritten Beratung des Handelsprovisoriums mit England. Die Kommission, an die es am Montag verwiesen worden war, empfiehlt unveränderte Annahme nach den Beschlüssen der zweiten Lesung. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die erste Beratung des zweiten Nachtragsatzes betr. Abtretung der Karolinen-, Palau- und Marianen-Inseln an Deutschland, in Verbindung mit dem Nachtrag zu dem Kolonialetat, dem Anleihegesetz und dem Handelsabkommen mit Spanien. Als Entschädigung an Spanien für die Abtretung der Inseln werden 16 750 000 Mark gefordert und als Zuschuß zur Bestreitung der Ausgaben für die Verwaltung der Inseln 465 000 Mark.

Staatssekretär v. Bülow: Durch die Erwerbung der Karolinen-, Marianen- und Palauinseln wird unser Besitz in der Südsee zu einem zusammenhängenden Ganzen gemacht. Dazu kommt, daß Handel und Verkehr auf jenen Inseln fast ausschließlich in den Händen der deutschen Faluit-Gesellschaft liegt. Ich will hier nicht an die lächerliche Phantasie appellieren, aber es muß gesagt werden, daß in unserm Besitzthum dort keine Vorhanden sind, die weiterer Entwicklung fähig sind. Von besonderer Wichtigkeit sind die dort vorhandenen vorzüglichen Häfen und Ankerplätze. Die Bevölkerung dort soll sehr gntartig sein, wir werden mit ihr sehr human umgehen, eingehend unserer höheren Kultur und christlichen Gesittung. — Ich komme jetzt zu dem Punkt, wo die Gemüthlichkeit aufzuhören pflegt, zu dem Kopfenpunkt. Umsonst waren die Inseln wirklich nicht zu haben. (Heiterkeit.) Doch glaube ich versichern zu können, daß wir sie preiswerth erhalten haben. Amerika hat zehn Millionen Dollars für die Karolinen geboten. Für Spanien waren die Inseln Bruchstücke eines eingestürzten Baues, bei uns sind sie Grundstücke eines neuen und, so Gott will, hoffnungsvollen Gebäudes. (Beifall.)

Lieber (C.): Meine politischen Freunde sind bereit, die zur Erwerbung der Inseln notwendigen Mittel zu bewilligen. Allerdings wird eine schwere, hingebende Arbeit der Deutschen notwendig sein, damit die Hoffnungen, die der Herr Staatssekretär hier ausgesprochen hat, sich erfüllen. Der Thätigkeit der deutschen Missions-Gesellschaften in den neu erworbenen Gebieten werden hoffentlich keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir halten eine Kommissionsberathung in diesem Falle nicht für geboten und haben nichts dagegen, wenn diesmal ausnahmsweise die zweite und dritte Beratung gleich im Plenum vorgenommen werden. Uebrigens wird wir für die vorläufige Aufrechterhaltung der Meistbegünstigungsverhältnisse mit Spanien, doch so, daß uns nach Ablauf des Handelsvertrages volle Freiheit bleibt.

Unterstaatssekretär v. Nichteusen erwidert, die Meistbegünstigung solle Spaniens ein halbes Jahr über die Dauer der

Handelsverträge behalten, dann werde es nach den Sätzen des neuen Zolltarifs behandelt werden.

Hoffe (M.) erklärt sich mit den Ausführungen des Abg. Lieber einverstanden.

Graf v. Ranig (R.) schließt sich der Ansicht des Abg. Lieber bezüglich des Meistbegünstigungsverhältnisses an.

Dr. Wiewer (Fp.): Die Erwerbung der Südseeinseln scheint uns das Muster für die Kolonialpolitik zu sein, wie sie nicht sein soll. Die Bevölkerung der Inseln besteht aus Epigebien, Arabern und anderen Personen und diese sind wirklich mit siebenzehn Millionen zu teuer bezahlt. Fürst Bismarck hat schon die Karolinen eine Pumperlei genannt, wegen deren ein Krieg mit Spanien nicht lohne. Wir hatten also diese neueste Erwerbung für überflüssig und unnützlich. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bülow: Der Herr Vorredner kennt die Inseln ebenso wenig wie ich. Die Schilderungen der Augenzeugen lauten ganz anders wie die seinige. Die auswärtige Politik kann nicht lediglich nach Grundfragen von Adam Riese geleitet werden. Die jetzt so blühenden australischen Kolonien sind aus der Ausbeutung von Deputierten (gr. Heiterkeit), verzeihen Sie, von Deputierten entstanden. Noch unsere Entfessler werden sich unserer schönen Südsee-Westen freuen. (Großer Beifall rechts, im Centre und v. d. Nationalität.)

Graf Arnim (M.) spricht seine Freude über den Erwerb der Karolinen aus.

Lieber (SD.): Es ist heute nicht der Tag, ausführlich auf die Kolonialpolitik einzugehen. So, wie sie hier in Deutschland betrieben wird, müssen wir sie prinzipiell verwerfen und bekämpfen. Was ist denn unsere ganze Kolonialpolitik, was ist unser ganzer Kolonialbesitz? Splitter, nichts als Splitter, wie ich schon dem Fürsten Bismarck gegenüber ausgesprochen habe. Wie sieht es denn mit Samoa, wie sieht's mit unserm Südlichen China? Haben wir denn aus unseren afrikanischen Kolonien etwas anderes heimgetragen, als Schmach und Schande? (Widerspruch rechts.) Nun zu den Karolinen. Nach der Deutschrift über dieselben — die allerdings immerhin besser ist, als die Deutschrift, die uns gestern beschickte — ist ihr Werth gleich Null. Die Spanier sind sicher nicht die Betrogenen bei dem Kauf. — Das Klima auf den Inseln soll gut sein; es würde sich vielleicht empfehlen, dort ein Sanatorium einzurichten. Allein so etwas erstreckt unsere Kolonialpolitik nicht; bei der handelt's sich nur um Plattenstationen. Man will uns dem Chauvinismus zu Wasser in die Arme treiben (Sehr richtig! links) — eine um so verhängnisvollere Politik, als kein Staat der Welt, weder England noch Deutschland, zugleich Land- und Seemacht sein kann. Das Wort: Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser, ist thöricht; Deutschlands Zukunft liegt im eigenen Lande, würde es richtig heißen (Sehr wahr! links). Aber wie sieht es denn mit der Freiheit im Lande? Das Buchhausgesetz, das uns ja jetzt beschäftigt, giebt die Antwort darauf. Das wir, die wir zu Hause von dem ersten besten Volkstücken arretirt werden können, draußen auf Eroberungen ansieht, das ist, was unsere Kolonialpolitik lächerlich und verächtlich macht. (Zustimmung links. Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Balleström: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß die Kolonialpolitik der deutschen Regierungen lächerlich und verächtlich ist. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo rechts.)

Lieber (SD.): Ich habe nicht gesagt, die deutsche Kolonialpolitik ist lächerlich und verächtlich, sondern macht uns lächerlich und verächtlich. (Heiterkeit.)

Präsident Graf v. Balleström: Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe.

Lieber (SD.) (fortsetzend): Was hat bisher das deutsche Reich in seinen Kolonien für die Kultur gethan. Da sind die Missionen und die Post, die ihren Namen an den Schandfahnen der Geschichte geheset haben. Der Engländer darf sich überals als Olym Romanus fühlen, er darf stolz sein Haus als seine Burg bezeichnen; der Deutsche aber muß demüthig sagen: mein Haus, das ist das Buchhaus. (Zustimmung links; Lachen rechts.) Man vergleicht häufig unsere Zeit mit der römischen Kaiserzeit; der Vergleich fällt eher zum Nach- als zum Vortheil unserer Zeit aus. Die Majestätsbeleidigungsprozesse sind die gleichen geblieben, aber während die römischen Cäsaren für Brod und Spiele sorgten, vertheuert das deutsche Reich dem Armen das Brod. Auch diese Vorlage gehört zur Signatur des heutigen Deutschlands, des Deutschlands des Buchhausgesetzes. (Lachen rechts, lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Wajche (M.) spricht seine Befriedigung über die Vorlage aus und hofft, daß die Interessen der deutschen Industrie bei dem nächsten Handelsvertrage mit Spanien besser gewahrt werden, als bei dem vorigen.

Schrader (Fp.) ist trotz einiger Bedenken doch für die Vorlage.

Deinhardt (M.) beklagt die Schädigung des deutschen Weinbaues durch die Konkurrenz der spanischen Weine.

Dr. Rübke-Kaiserslautern (B. d. L.) theilt die Befürchtung des Abg. Deinhardt.

Unterstaatssekretär v. Nichteusen tritt den Ausführungen der Vorredner entgegen.

Dr. Lieber (F.) fragt, ob den Jesuiten die Missionsfähigkeit auf den neuerworbenen Inseln gestattet sei.

Staatssekretär v. Bülow bejaht die Frage.

Hiermit schließt die erste Lesung.

Zu der sich unmittelbar daran anschließenden zweiten Lesung werden die vier Vorlagen und der Nachtragsatz debattelos genehmigt.

Hierauf wird die erste Beratung der Buchhausvorlage fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Meine Herren, einigen der gestern gefallenen Aeußerungen sehe ich mich veranlaßt entgegenzutreten. Als zuerst bekannt wurde, daß ein Gesetz, wie das vorliegende, eingebracht werden würde, wurde bis tief in die demokratische Presse hinein die Nothwendigkeit anerkannt, gewissen Ausschreitungen der Koalitionsfreiheit entgegenzutreten. (Widerspruch links.) Seitdem ist der Barometerstand diesem Gesetze gegenüber erheblich gesunken. (Zuruf: Allerdings.) Gegenüber manchen gestrigen Aeußerungen will ich feststellen, wie dies Gesetz zustande gekommen ist. (Zuruf: Deynhausen.) Gegenüber dem Herrn Deynmann, sowie, um jeder Gegenüberung entgegenzutreten, will ich konstatiren, daß das Reichsjustizamt mit voller Gleichberechtigung an der Vorlage mitgearbeitet hat und das Gesetz in dieser Fassung von allen Regierungen beschlossen worden ist. (Hört, hört!) Von der Deutschrift hat schon Herr Niederding gesagt, daß sie nicht sowohl die einzelnen Paragraphen beweisen, als vielmehr ein anschauliches Bild von den Arbeiterkämpfen geben soll. (Zuruf links: Und was für eins!) Daß wir uns, was man uns zum Borwurf gemacht hat, vprwiegend bei Staatsanwälten, Polizeibehörden und so weiter informirt haben, hat seinen guten Grund: wir fragten die unparteiischen Organe des Staates. (Stürmische Heiterkeit.) Es wird den deutschen Abgeordneten im Auslande nicht schmeichelhaft ausgelegt werden, daß sie die Unparteilichkeit der heimischen Behörden in gefährlicher Weise in Zweifel ziehen. Ich selbst wünsche, daß die Gesetze auf die Unternehmer in der gleichen Weise angewandt werden, wie auf die Arbeiter. (Zuruf: Geschieht aber nicht!) Man hat die Richtigkeit der Statistik in Frage gezogen, die wir in Bezug auf die Streibergehen aufgestellt haben. Ich möchte Ihnen ein neues Beispiel von dem Terrorismus der Arbeiter geben. Ein sehr angelegener Mann schreibt mir, daß in einer Stadt die Kinder der Arbeitswilligen von den Kindern der Streikenden mißhandelt werden, so daß die Eltern der ersteren gezwungen sind, auch die Arbeit niederzulegen, bloß, um ihre Kinder zu schützen. (Schallende, langanhaltende Heiterkeit. Zuruf: Wo ist denn das?) Ja, das kann ich Ihnen erst sagen, wenn ich meine Recherchen ange stellt habe. (Erneute

Heiterkeit.) Unberechtigt war der Angriff des Herrn Bebel auf die Regierung wegen der Anwendbarkeit des § 153 auf die Unternehmer. Die Regierung war stets der Meinung, daß der Paragraph auf Unternehmer anwendbar sei. Auch die Behauptung, daß im Jahre 1891 die Sozialdemokraten eben die Mittel, die die Gesetz unter Strafe stellen will, für verwerflich hielten, muß aufrecht erhalten. Die schwarzen Listen sind völlig identisch mit dem Bopstott. Auch ich halte sie für bedauerlich, weil sie häufig den Unschuldigen mit dem Schuldigen treffen. Aber wir können die schwarzen Listen nur verbieten, wenn wir gleichzeitig das Bopstott verbieten. Uebrigens waren die Ausschreitungen von einem Theil der Redner eigentlich für die Vorlage. (Zuruf: Jawohl, von Arnold!) Die Herren sprachen von dem Unternehmerterrorismus, wie er durch Sündskale usw. ausgeübt wird. Ja, die Koalitionsfreiheit wollen wir ja gerade treffen. (Lachen links.) Ich vertheile nicht, daß man gerade von der Linken dem Gesetz eine Opposition macht. Es handelt sich doch nur um einen Schutz der persönlichen Freiheit. Sie dürfen nicht vergessen, daß ein Gesetz immer nur von wenigen Personen proklamirt wird; ihre Willen sollen sich dann die anderen einfach fügen. Wir wollen die verständige Beschränkung von Ausschreitungen, wie sie bei Unthun vorkommen. Lehnen Sie diese Vorläufigkeitsregel ab, kommen wir zu einer bedauerlichen Restriktion der Gesellschaft zu zwei Heerlagern. (Beifall rechts. Lachen links.)

Hoffe (M.): Ich habe von vorneherein nur unangenehme Urtheile über die Vorlage gehört. Ich habe auch geglaubt, daß wenigstens ein Theil der verübten Regierungen eine bessere Meinung von dem deutschen Volke gehabt hätte. Das ist nun leider nicht der Fall. Auch die glänzliche Meinung, die der Abg. Deynmann von dem Reichsjustizamt hegte, ist leider nicht zutreffend. Diese Vorlage ist nicht nur ein Schlag gegen das Koalitionsrecht, sondern auch gegen den Reichstag, der so oft die Ausbeutung jener Rechts gefordert hat. Daß die jetzigen Machtmittel des Staates zur Bekämpfung jener „Wühlbrüche“ vollkommen ausreichen, das beweisen die ungemein harten Urtheile der Gerichte, namentlich die sächsischen. Wahrhaft erschreckt war da das neuliche Urtheil des Berliner Landgerichts, das festgestellt hat, daß das sächsische Oberverwaltungsgericht sich wiederholt dahin ausgesprochen hat, daß die Arbeiter mißdarn Rechts seien. Zur Begründung dieser Vorlage ist nichts beigebracht worden. Wenn sich wirklich Schulkinder einmal geprügelt haben, so wird ihnen das ebenso wenig nachtheillich gewesen sein, wie uns in unserer Jugend. Die Deutschrift ist ebenfalls Material zusammengestellt, daß Polizeibeamte und Staatsanwälte ausgewählt. Warum hat sich der Staatssekretär nicht an die Arbeiter und ihre Vertreter gewandt? Den Terrorismus der Arbeitgeber möchte man doch ebenso hart verurtheilen. Hier in Berlin sind jetzt eine große Zahl Maurer angepersert, die mit dem Streik gar nichts zu thun hatten. Die Arbeiter haben niemals Schutz gegen den Terrorismus von Arbeitern gefordert, die Arbeitgeber haben dies Verlangen gestellt. Der Kaiser hat seine Rechte gehalten auf Grund dessen, was ihm aus den Eingaben von Arbeitgebern berichtet worden war. . . .

Präsident Graf v. Balleström: Ich bitte den Redner, ungläubige Aeußerungen des Monarchen nicht in den Bereich seiner Ausführungen zu ziehen.

Hoffe (M.): Diese Rede hat im „Stantsanzeiger“ gestanden.

Präsident Graf v. Balleström: Dann ist das etwas anderes. (Heiterkeit.)

Hoffe (M.): Hätten die Mäthe des Monarchen ihre Schuldigkeit gethan, so hätten sie ihm berichten müssen, daß die Arbeiter ganz anderer Meinung sind als die Unternehmer. Dann wäre aus dieser Rede — die auch im „Stantsanzeiger“ steht — und die Vorlage erspart geblieben. Ich für meine Person würde mich schämen, einem Reichstage anzugehören, der eine solche Vorlage annimmt. (Bravo!) Ich hoffe aber, es geschieht nicht; die Vorlage wird vielleicht noch beseitigt, ehe noch das 19. Jahrhundert zu Grab getragen ist. (Großer Beifall links.)

Preussischer Handelsminister Briesfeld: Der Vorredner hat E. Majestät den Kaiser in die Debatte gezogen. Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß es parlamentarischer Gebrauch ist, allen constitutionellen und monarchischen Staaten ist, die Personen des Monarchen nicht in die Debatte zu ziehen. (Unruhe links.) Für alle Regierungshandlungen des Monarchen steht der Reichskanzler ein, an ihn haben Sie sich zu wenden, wenn Sie etwas kritisiren wollen. (Ho! links und große Unruhe.) — Was die Vorlage angeht, so hat schon 1891 Herr v. Verleppsch ausdrücklich hervorgehoben, als der Reichstag bei der Novelle zur Gewerbeordnung eine Verschärfung des § 153 absahnte, daß weitere Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung schon durchgeführt werden, den damals abgelehnten Weg zu beschreiten. Diese Voraussetzung hat sich als richtig erwiesen. Die Deutschrift beweist, daß die Zahl der Arbeitsstellen und Ausschreitungen sich seit 1881 vermehrt hat. Man hat gefragt, warum die Gewerbeinspektoren nicht um Auskunft erucht sind. Woher wissen Sie, daß dies nicht geschehen ist? (Abg. Rich. Fischer: Weil in den Berichten der Fabrikinspektoren das Gegenstück steht, wie in der Deutschrift. — Heiterkeit.)

Präsident Graf v. Balleström: Lassen Sie doch die Zwischenrufe und Privatgespräche. Wir kommen ja sonst nie zu Ende. (Große Heiterkeit.)

Minister Briesfeld: Ich erinnere an die Arbeiterausstände 1892 und 1893 im Ruhr- und Saarrevier. Diese Ausschreitungen sind als Hindereien bezeichnet worden. Wie wurde aber der Zustand im Saarrevier infanzirt? Besondere Voten elken von Gruben zu Grube. 24 000 Arbeiter legten dann an einem Tage ohne Kündigung mit Contractbruch die Arbeit nieder. Die Ausschreitungen bedrohten die Arbeitgeber und ihre Angehörten, die Arbeitswilligen wurden mit Steinwürfen verfolgt, gepöbeln, es wurde auf sie geschossen, die Streikenden drangen in ihre Häuser und bedrohten ihre Angehörigen, Dynamitanschläge wurden versucht. (Große Unruhe und Gelächter links. Inse: hul hul! Abg. Singer: Ist das nicht heute schon strafbar?)

Präs. Graf v. Balleström: Herr Abg. Singer, ich bitte nicht zu unterbrechen. (Heiterkeit.)

Minister Briesfeld: Sind das Hindereien? In einer gerundeten Auffassung der damaligen Führer heißt es: Erkennen nun Deine Macht Bergmann! (Mit erhobener Stimme.) Alle Köder stehen still, wenn Dein starker Arm es will. (Große Heiterkeit links.) Glücklicherweise hatten sich die Werke auf drei Wochen mit Kohlen versehen, weil sie den Streik vorausahnten. Im Saarrevier wurde ein Sympathiestreik infanzirt, zu dem ebenso wenig Ursache vorhanden war. Auch dort sind Ausschreitungen der schlimmsten Art vorgekommen. Gegenwärtigen Sie sich doch einmal, was es heißt, wenn in zwei bedeutenden Revieren die Kohlenförderung thatsächlich ruht, und dann bekreiten Sie, daß hier eine gemeine Gefahr vorliegt! Wir haben ähnliche Fälle bei uns ja nicht erlebt. (Auf links: Na eben! Heiterkeit.) Aber in anderen Staaten haben sie sich ereignet. Denken Sie an den amerikanischen Eisenbahnarbeiterstreik von 1894! Zu Derartigen dürfen wir es nicht kommen lassen. Und da wollen Sie sich nicht einmal zu einer Commissionsberathung verstehen? (Lachen links.) Ich wundere mich, daß die Regierung keine größere Unterstützung findet. (Großes Gelächter links.) Sämmtliche Ordnungsparteien sollten sich dafür einig sein, daß die Ausgestaltung des § 153 der Gewerbeordnung in den §§ 1 und 2 der Vorlage durchaus rationell ist. Der § 153 der Gewerbeordnung trifft nur den, der zum Beitritt zwingt und der, der vom Rücktritt abhört. Er trifft aber nicht den, der am Beitritt hindert und zum Rücktritt zwingt. Die vorgeschlagene Ausgestaltung ist also logisch notwendig. Auch beim zweiten Theil handelt es sich um ein billiges und verständiges Verlangen. (Lachen links.) Der § 8, an dem man so viel Aufschuß nimmt, bringt nur ein durchaus gesundes Prinzip zum Ausdruck. Ueber Einzelheiten können wir ja noch in der Kom-

mission sprechen. Eine glatte Ablehnung ist ja einfach unmöglich (Große Heiterkeit). Wenn Läden vorhanden sind, so sagen Sie es doch, stellen Sie doch Anträge. (Viele Zwischenrufe.) Daß die Arbeiter in der Praxis mehr getroffen werden, als die Unternehmer, das liegt in der Natur der Verhältnisse. (Hört! Hört!) Den Arbeitgeber bewahrt keine bessere Lebenslage vor Ausschreitungen; bei den Arbeitern kommt es dazu, wenn die Streikfahnen hoch sind und die Bergweilung die Streikenden erfasst. Solche Ausschreitungen wollen wir aber verhindern. Sie fragen: Was haben wir nicht gegen die Unternehmerrückgrate? Ich sage: Diese Rückgrate wirken günstig! Sie garantieren eine ruhige, gleichmäßige Entwicklung. Freilich liegt da die Gefahr nahe, daß die Preise zu sehr in die Höhe getrieben werden. Vier handelt es sich dann für die Gesetzgebung um ein Problem allerhöchster Art. Da kann die Gesetzgebung nur Grundlagen für einen statischen Ueberblick schaffen. Mehr kann sie zur Zeit nicht erreichen. Endlich hat Herr Dr. Vöber verlangt, daß vor Erledigung dieser Vorlage der § 152 der G.O. positiv ausgestaltet werde. Er verlangte die Rechtspersönlichkeit der Berufsvereine, Arbeitskommissionen u. s. w. Aber alle diese Fragen gehören doch zu den allerhöchsten Problemen (Stürmische Gelächter links). Zunächst müssen wir repräsentieren wollen gegen die Ausschreitungen der Arbeiter, dann aber auch alles unterstützen, was geeignet ist, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Darin liegt der Kern unserer ganzen sozialen Gesetzgebung, er liegt in sozialer Gerechtigkeit. (Lebh. Beifall rechts)

Präs. Graf v. Ballestrem: Der Herr Bundesratsbevollmächtigte hat im Eingang seiner Rede die Ausführungen eines Abgeordneten, die ich bereits revidiert hatte, noch einmal zu revidieren für mich befunden. Das war bisher bei den Mitgliedern des Bundesrats nicht üblich und ist durchaus gerechtfertigt. Die Tätigkeit des Präsidenten zu erschweren und sein Ansehen vor dem Hause herabzusetzen. (Lebh. Bravo! links.)

Präs. Handelsminister Bresselt: Selbstverständlich lag dies nicht in meiner Absicht. Aber ich mußte meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß hier Dinge erörtert werden, wie es in keinem anderen Parlamente der Welt üblich ist.

Präs. Graf v. Ballestrem: Es bleibt bei dem, was ich gesagt habe. (Beifall.)

Sächsischer Ministerialdirektor Fischer: Der Herr Abg. Müller hat von einem Urtheil des Reichsgerichtes gesprochen. Ich kenne dieses Urtheil nur aus den Zeitungen und diese berichten verschieden. So lange ich nicht den authentischen Text gelesen habe, kann ich es nicht glauben, daß ein Gericht sich so angeeignet haben sollte, wie der Abg. Müller angab. Einstweilen gehe ich auf das Urtheil nicht ein und bitte das Haus, das Urtheil zu thun. (Pauze.) (Sädh. Sp.) Ich glaube nicht, daß irgend ein Reichstag sich von einem Vertreter des Bundesrats wird vorzeichnen lassen, was er

Präsident Graf v. Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich habe bereits erklärt, daß eine Kritik meiner Geschäftsführung dem Herrn Vertreter des Bundesrats nicht zusteht. Für ebenso unangemessen muß ich es erklären, wenn Sie jetzt auf die Sache zurückkommen und nun ihrerseits ein Mitglied des Bundesrats revidieren wollen. (Beifall.)

Pauze: Herr Präsident, ich habe mich ausdrücklich geäußert über den Nachdruck, mit dem Sie die Würde des Hauses zu wahren verstanden haben.

Präsident Graf v. Ballestrem: Ich bitte Sie, über meine Geschäftsführung weder ein zustimmendes, noch ein mißbilligendes Urtheil abzugeben. (Heiterkeit.)

Pauze (fortfahrend): Nun zum Gesetz: Das Gesetz, sagt man, läßt den Arbeitern die Koalitionsfreiheit; was sein; es beraubt sie aber der Mittel, um von ihr Gebrauch zu machen. Was erreicht man denn eigentlich mit dem Gesetz? Man wird nur eine breite Furche von aufregenden Prozessen hinter jedem Lohnkampf herziehen. (Sehr richtig!) Die Gleichstellung von Leuten, die sich leichte Streikvergehen haben zu Schulden kommen lassen, mit gemeinen Verbrechern muß geradezu verwirrend auf das Rechtsbewußtsein des Volkes wirken. Die Versicherung, die der Abg. Vöber über die schon heute übliche Praxis der deutschen Gerichte that und die ihm den Ordnungsruf des Präsidenten zuzog, war weilen Kreise aus der Seele gesprochen. (Lebh. Beifall links und im Centrum.) Wenn die Herren von der Rechten, die jetzt für das Gesetz schwärmen, von ihrer Hände Arbeit leben müßten, dann würden sie anders über dasselbe urtheilen. — Gänzlich falsch ist die Behauptung des Abg. Vöber, die Arbeiter außerhalb der Sozialdemokratie seien für das Gesetz. Das Umgekehrte ist der Fall. Die Arbeiter verlangen nach dem Gesetz, die Sozialdemokraten haben sich wie die Wasserleute gegen das Gesetz erklärt. (Stürmische Heiterkeit.) Nach einem französischen Sprichwort heißt regieren vorherrschen. Mit der Einbringung dieses Gesetzes hat die Regierung, hat der Reichskanzler eben keine große Kunst des Vorherrschens bewiesen. (Heiterkeit.) Herr von Bennigsen hat einmal beklagt, das Bürgerthum nehme in Deutschland nicht die ihm gebührende Stellung ein. Wenn die Nationalliberalen anrecht den Weg gehen wollten, den Herr Wasserbauer gefahren betreten, dann könnte das Bürgerthum sich bald diese Stellung erringen. (Sehr richtig!) Mit welchem Apparat ist die Einbringung dieser Vorlage eingeleitet worden. Und was ist herausgekommen? Ein Gesetz, das wohl nie Wirklichkeit werden wird. Wir brauchen nicht mehr Buchhäuser, sondern mehr Freiheit, nicht mehr Urtheile, sondern mehr Urtheil! (Beifall links. Bischen rechts.)

Die Abg. v. Czarkinski (Pole) und Winterer (Est.) erklären sich kritisch gegen die Vorlage.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. (Außerdem: Vertagungsordr; 8. Lesung des 2. Nachtragssetats und der heute behandelten kleinen Vorlagen.)

Präsident Graf v. Ballestrem theilt mit, daß Abg. v. Brodbeck (Sädh. Sp.) sein Mandat niedergelegt hat. (Schluß 6 1/2 Uhr.)

Politische Kundschau.

Deutschland.

Der Hungerzoll von 6 Mark, der bei Abschluß künftiger Handelsverträge der Begehrlichkeit der Agrarier Rechnung tragen soll, wird von der „Post“ und dem Organ des Bundes der Landwirthe als etwas ganz Selbstverständliches bezeichnet. Das macht eine neue Liebesgabe im Werthe von ca. 80 Millionen Mark. Belastet wird damit am schwersten und empfindlichsten der kleine Mann. Buchhausvorlage und Brodvertheuerung! Da sage noch Einer, die Sozialpolitik sei zum Stillstand gekommen!

Die Friedenskonferenz-Komödie im Haag. Die Kommission der Friedenskonferenz, die mit der Prüfung der Fragen bezüglich des Schiedsgerichts und der Vermittelung betraut ist, hielt Mittwoch eine längere Sitzung. Die Frage wegen Organisation eines ständigen Schiedsgerichtshofes, besonders eines Centralbureaus wurde weiterberathen. Ebenso wurden alle Artikel bezüglich der internationalen Untersuchungskommission einer Prüfung unterzogen; es wurde eine Einigung über eine ganz präzise Fassung dieser Artikel erzielt. In der nächsten auf Freitag festgesetzten Sitzung soll über die Vorschriften für das schiedsgerichtliche Verfahren berathen werden.

Mit Kompensationsforderungen ohne Ende wollen jetzt die Agrarier die Kanalvorlage todtmachen. Montag waren die Abgeordneten der Provinzen Ost- und Westpreußen und die der Provinz Pommern versammelt, um ihre Kompensationsforderungen zu formulieren. Man war, wie das Landwirthschaftsorgan berichtet, allgemein der Ansicht, daß die unzweifelhaften Schädigungen, die der Mittellandkanal für die betreffenden Provinzen im Gefolge haben werde, ausgeglichen werden müßten durch entsprechende Verkehrsverbesserungen und Verkehrsverbesserungen. Alle die erhobenen Forderungen seien mindestens ebenso berechtigt wie die Forderung des Mittellandkanals. Die Abgeordneten der Provinz Posen werden binnen Kurzem zusammentreten. „Es ist selbstverständlich, daß die Kanalkommission alle diese Forderungen in Erwägung ziehen muß“, sagt höhniisch das Bändlerblatt. Sollte sich die Regierung diese offenebare Schikane ihrer lieben Freunde wirklich widerspruchslos gefallen lassen?

Die Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker hat einstimmig folgende Resolution angenommen und dem Reichstagsbureau telegraphisch zugehen lassen: „Die Vertreter der im Verbands der deutschen Buchdrucker organisirten 26 000 Gehülften erkliden in dem Gesekentwurf „zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ das Bestreben, das bestehende geringe Koalitionsrecht der Arbeiter vollständig illusorisch zu machen und in einseitiger Weise die Macht des Unternehmertums zu stärken, ein Bemühen, das um so mehr die Arbeiter erbittern muß, als auf dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. vom 8. bis 13. Mai d. J. die Vertreter der organisirten Arbeiter sich fast einstimmig für friedliche Verständigung durch Verhandlung von Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern ausgesprochen haben und nur letztere derartige Vereinbarungen ablehnen und dadurch wirtschaftliche Kämpfe provozieren. Der Verbandstag der deutschen Buchdrucker protestirt gegen diesen, die Gemüther bis aufs äußerste erbitternden Gesekentwurf und erwartet von der Volksvertretung im Interesse einer friedlichen Entwicklung der sozialen Verhältnisse die strikte Ablehnung desselben. Zu diesem Proteste glaubt er sich um so mehr berechtigt, als im Buchdruckergerwerbe der Beweis erbracht wurde, daß es bei beiderseitigem guten Willen möglich ist, auf dem Wege der Verständigung die wirtschaftlichen Kämpfe wesentlich zu beschränken.“

Kleine politische Nachrichten. (Der „Reichsan.“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der demnächst neue Reichsklassen eine zu 50 Mk. ausgeben werden. — Der Abgeordnete Eugen Richter hat sich zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit nach Wiesbaden begeben. — Das „Volkblatt“ in Göttingen, dessen Redakteur, Geuße von Landtagsabgeordneter ist, erklärt die Nachricht der „Daily Mail“ über eine geheime Sitzung des Landtags und Abhandlung des Vertrages Alfred für vollständig aus der Luft gegriffen. — Die Diplomatenherberge. In der Kommission der Friedenskonferenz für die Genfer Konvention hatte am Montag der amerikanische Delegirte Mahan, statt der diplomatischen Sprache des Französischen, sich seines Heimathidoms, also des Englischen bedient. Darauf sprach der deutsche Vertreter, Prof. Born, deutsch und Graf Riga unter allgemeinem Heißhalten italienisch. Diese babylonische Sprachverwirrung zeigt, wie stark ernt die Diplomaten die Konferenz nehmen. — Die württembergische Kammer der Abgeordneten nahm das neue Volksschulgesetz mit 77 gegen 1 Stimme an. Durch das Gesetz wird eine erhebliche Gehaltssteigerung für die Lehrer, die Abtrennung des Rüsterdienstes vom Schulamt, eine Extrabehaltung des Organisationsdienstes für die Volksschullehrer und die definitive Anstellung sowie Gehaltssteigerung für die Lehrerinnen an Volksschulen und Arbeitsschulen geschaffen. — Die Zahl der Opfer der am 14. und 15. d. M. auf serbischen Gebiete stattgefundenen Kämpfe zwischen Serben und Türken ist noch nicht genau bekannt, doch scheinen sie auf beiden Seiten beträchtlich zu sein. Die Türken transportirten ihre Verwundeten nach heimlich nach Prishtina, während sie die Todten unterwegs beerdigten. In serbischen amtlichen Kreisen behauptet man, es stehe gegenwärtig fest, daß der Angriffsplan von einem Major und einigen anderen türkischen Offizieren, welche zu diesem Behufe in dem Grenzort Sibiray, in dem Hause eines verachteten albanesischen Briganten, Versammlungen abgehalten hätten, vorbereitet worden sei. — Die Unruhen in Süd-Indien haben sich auf Travancore ausgebreitet; die Aufständigen zwangen die Polizei zum Rückzug, raubten Waffen und Munition und begingen Gräueltaten gegen die Bewohner. In Samboradogara wurden 450 Häuser niedergebrannt.

Frankreich.

Die Ministerkrise ist immer noch nicht gelöst. Auch Bourgeois, der aus dem Haag zurückgerufen worden war, um ein Cabinet zu bilden, lehnte offiziell ab. Die Deputirtenkammer beschloß trotz des Widerspruches der äußersten Linken mit 382 gegen 175 Stimmen sich bis Montag zu vertagen. Die Lage wird von Tag zu Tag kritischer.

Pariser Mord. Der Untersuchungsrichter erkannte in der Sache gegen Drouot, welcher im April auf einen Spaziergänger schoß in der Meinung, den Präsidenten Loubet vor sich zu haben, daß kein Anlaß zur Verfolgung vorliege. Drouot wurde für unzurechnungsfähig erklärt. — Ein erregter Zwischenfall ereignete sich Dienstag Abend in der Rue Royale. Der antisemitische Deputirte für Constantine, Morinaud, sprang, wie Wolffs Bureau meldet, aus einem Wagen in den des vorbeifahrenden sozialistischen Deputirten Rouanet und ohrfeigte ihn, indem er ihm zurief: „Dies ist die Antwort aller Algerier.“ Rouanet, welcher völlig verblüfft war, versuchte seinem Angreifer einen Hieb mit dem Stock zu versetzen, traf ihn jedoch nicht. Sodann zog er einen Revolver heraus, indem er Morinaud einen Gauner nannte. Morinaud erwiderte, er solle nur schießen, er sei ein Feigling. Schließlich trennte der Rutscher Rouanets die Gegner und trieb die Pferde zum Weiterfahren an. — Die „Weißnetten“ Graf Dion und Graf d'Aubigny, die seit dem Kriegeratenskandal in Anteuil gefangen saßen, wurden Dienstag Mittag aus der Haft entlassen.

Eine Maßregelung. Der Marineminister Dorey hat den Generalstabschef der Marine de Cuverville, welcher den Deputirten Fleury-Robarin zu seiner an der maritimen und kolonialen Verteidigung geübten Kritik beglückwünschte hatte, angewiesen, seine Amtsbefugnisse dem Kontradmiral Mauné zu übertragen.

England.

England rüht gegen die Duern mit aller Macht. Dienstag fand in London ein Ministerrath statt, dessen Beschlüsse sich in strengster Geheimniß hüllen, aber aus Kapstadt kommen Mittheilungen, daß die dortigen Militärbehörden die Kontakte auf Lieferungen mit der Begründung aufgehoben haben, daß die Regimenter sich bereit halten müßten, auf kurzen Befehl Kapstadt zu verlassen. Andere Anzeichen für Vorbereitungen zum aktiven Dienst sind, daß die Detachements des Lancashire-Regiments in Wynberg und Stellenbosch sich mit dem Regiment in Kapstadt vereinigt haben.

Rumänien.

Ueber eine neue Bauernrevolte bringt die „Agence Roumaine“ den folgenden, sehr tendenziös gefärbten Bericht. Am Montag suchten etwa 1500 zum Theil bewaffnete Landleute, in die Stadt Slatina unter dem Vorwande einzudringen, sie wollten gegen die dortige Deputirtenwahl protestiren, bei welcher ein gewisser, wegen anarchistischer Umtriebe aus Frankreich ausgewiesener Bogdan Pitesti unterlegen war. Auf die Ermahnungen, auseinanderzugehen, griffen die Bauern das herbeigeholte Militär mit Steinen, Stöcken und Revolvern an, wobei mehrere Soldaten verletzt wurden. Nach drei fruchtlosen Versuchen, die Bauern auseinander zu treiben, feuerten die Truppen zuerst in die Luft und dann auf die Angreifer, von denen mehrere, darunter einige tödtlich, verwundet wurden. Die Behörden bewiesen die weitgehendste Langmuth, die Schüsse wurden einzeln, nicht in Salven abgegeben. Schließlich wurde die Ordnung wiederhergestellt. Die Urheber der Unruhen sind verhaftet und sehen einer strengen Bestrafung entgegen. Der Ministerrath ordnete die strengsten Maßregeln an, um eine Wiederholung der Unruhen zu verhindern.

Lübeck und Nachbargebiete.

22. Juni.

Als Kandidaten für die morgen, Freitag den 23. Juni, im ersten Bürgerstabsbezirk stattfindende Wahl sind aufgestellt: von der sozialdemokratischen Partei: Bartels, Th., Ohermüller; Wötcher, Ch. G., Privatmann; Effinger, C. B., Expedient; Feig, Emil Ferd., Schneidermeister; Heitmann, August, Hafenarbeiter; Marzahl, Theodor, Privatmann; Pape, Peter Heinr., Geschäftsführer; Schwarz, Joh. C. Th., Geschäftsführer; Wittfoot, C. Heinr. Fr., Cigarrenfabrikant; vom Vaterstädtischen Verein die Herren: Dr. jur. A. Brehmer, Kaufmann Th. Bührmann, Dr. jur. H. Görb, Dr. med. Meyer, Kaufmann Ch. Petit, Kaufmann E. Rabe, Zimmermeister Th. Sartori, Fabrikant W. Sparckuhl, Drechslermeister J. S. Wilms; vom Bürgerrechtsverein die Herren Dr. med. Meyer, Seifenfabrikant Hermann Thiele, Kaufmann W. Sparckuhl, Kaufmann Rud. Röhn, Dr. jur. Ad. Brehmer, Maurer Heinr. Zimmer, Rentier Franz Busch, Wirth Rob. Jenner, Kaufmann Ed. Rabe. Die Wahl findet im Tivoli statt, Eingang Königspforte. Die Wahlhandlung beginnt morgens um 10 Uhr und wird um 6 Uhr nachm. geschlossen.

Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie ist in den beiden der Trave zu gelegenen Quartieren und der Vorstadt St. Lorenz von 247 auf 295 gestiegen. Sache unserer Genossen in den übrigen Quartieren wird es sein, dafür zu sorgen, daß dort gleich erfreuliche Resultate erzielt werden. Dann stellt sich der Juni 1899 seinem Vorgänger würdig an die Seite.

Das Amtsblatt versucht unter Hinweis auf die bisherigen Wahlergebnisse, den Vaterstädtischen zu veranlassen, in letzter Stunde die Bürgerrechtsvereiner aus seinen Listen zu verbannen. Nobel wäre das nicht! Immerhin soll das „reine Gewissen“ aus Furcht vor der Möglichkeit, doch noch über Bord geworfen zu werden, schon bedenklieh zittern.

Das Amtsblatt versucht unter Hinweis auf die bisherigen Wahlergebnisse, den Vaterstädtischen zu veranlassen, in letzter Stunde die Bürgerrechtsvereiner aus seinen Listen zu verbannen. Nobel wäre das nicht! Immerhin soll das „reine Gewissen“ aus Furcht vor der Möglichkeit, doch noch über Bord geworfen zu werden, schon bedenklieh zittern.

Ein sonderbarer Schwärmer muß es gewesen sein, der am Dienstag einstimmig Heinrich Thiel wählte.

Gelaudete Leiche. In der Nähe der Holzlagerplätze von Gohmann u. Jürgen wurde Mittwoch Morgen die Leiche eines Mannes in der Trave schwimmend aufgefunden. Es handelte sich um die Leiche eines Matrosen, der zu der Befahrung eines im Hafen liegenden Dampfers gehört. Dem Vernehmen nach ist der Ertrunkene Dienstag Abend beim Baden verunglückt.

Rappen zu! Endlich können wir einmal ein ganz klein wenig anders berichten. In der vorigen Woche wurden seewärts eingeführt 35 Kinder und 2 Kälber vom Inlande und — verfälle dem Haupt, Graf Alimowström — 5 Kinder vom Auslande.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen ein 42 Dampfer, 48 Segler, ausgelaufen sind 33 Dampfer, 23 Segler, davon 3 bezw. 10 leer oder in Ballast.

Diebstähle. Einer an der Obertrave wohnenden Ehefrau wurde vom Hausflur ein Portemonnaie mit 1,50 Mk. Inhalt, einem Gärtner von seinen Plantagen

in Westoe verschiedentlich Spargel, einem Commis bei einem Ausflug nach Israelsdorf eine Remontrikuhr gestohlen.

Malente. Die Protestversammlung gegen die Buchhausvorlage findet nimmere am Sonntag, den 25. Juni, Nachmittags 4 Uhr statt, und zwar unter freiem Himmel auf der Koppel des Herrn Sieg. Als Referent wird Redakteur Kasch-Albert erscheinen. Die Genossen werden ersucht, die nächsten Tage noch zu heftiger Agitation für die Versammlung zu benutzen.

Schwerin. Verworfen wurde vom Landgericht die Berufung des Genossen Staroffon von der „Medl. Volkszeitg.“ gegen das Urtheil des Schöffengerichts Sadebusch, welches ihm wegen Verleumdung des Grafen Wassewitz-Wehr auf 4 Wochen Gefängnis auferlegte. Dasselbe Schicksal hatte Gastwirth Kober von der „Danja“ in Wismar mit einigen Verurteilungen.

Moskau. Genosse Staroffon, Redakteur unseres hiesigen Parteiblattes hat am Dienstag eine Strafe von sieben Monaten Gefängnis angetreten, weil er Minister und Richter beleidigt haben soll. Er wird sie hoffentlich

ohne allzu große Schädigung seiner Gesundheit überstehen.

Güstrow. Freigesprochen von der Anklage des Meineides wurde der Arbeiter Knothe aus Schönberg. Er war Zeuge gewesen in einem Mauerereiprozess und sollte falsch ausgesagt haben.

Briefkasten.

Aufträgen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

V. G. In derartige Sachen hat der Hauswirth seine Nase gar nicht zu stecken.

Hamburg. Am Freitagstage der 1. Klasse der 816. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 19 mit 50 000 Mk., Nr. 102295 mit 10 000 Mk., Nr. 88294 mit 5000 Mk., Nr. 92282 mit 3000 Mk., Nr. 55399 mit 2000 Mk., Nr. 73055 mit 1000 Mk., Nr. 1587 20414 & 400 Mk., Nr. 12908 21070 29088 51624 55413 64991 71929 75571 95068 98129 & 200 Mk., Nr. 890 10883 11135 21521 29020 29417 35988 38746 49224 44702 57959 59493 60782 62549 66344 66800 71558 73412 80230 85101 88102 91324

98811 104249 105388 109437 110873 111416 111416 111525 113986 117958 & 100 Mk. (Ohne Gewähr.)

Quittung.

Für die ausgelassenen Dänungen ein:
Bisher quittirt 1149,75 Mk.
Tabardarbeiter Lübeck 11,20 Mk.
Summa 1160,95 Mk.
Davon bisher abgelandt 1139,50 Mk.
Bleibt Bestand 27,45 Mk.

Weitere Gelder nimmt entgegen:
Redaktion des „Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 50.

Hieraufkau-Stechmarkt.

Hamburg, 21. Juni.

Der Schweinehandel verlief mittel. Angekauft wurden 600 Stck. Preise: Verlandsschweine, schwere 45-47 Mk., leichte 43-51 Mk., Sauen 38-43 Mk. und Ferkel 47-51 Mk. pr. 100 Pfd.

Tabak u. Cigarren Nordhäuser Rolltabak C. Wittfoot
von Grimm & Triepel und von Kneiff. Cigarretten. Pfeifen. Spazierstöcke. Süxstraße 18

Heute Nacht 1 1/2 Uhr wurde uns unser süßer Walter im Alter von 1 Jahr und 7 Monaten nach kurzer aber harter Krankheit durch den Tod entzissen.
Es trauern um ihn die tiefbetrübten Eltern, Großeltern und Verwandten.
C. Feuch und Frau.

Ein Logis für einen jungen Mann zu vermieten. Bekkerstraße 9, 2. Et.

Gesucht zum 1. October von ruhigen Leuten eine Wohnung, Nähe der Johannis- oder Fleischhauerstraße. Angebote unter T 5 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. October eine Wohnung für ruhige Leute mit 1 Kind in nächster Nähe der Pauls-, Abth- oder Schulstraße im Pr. bis 180 Mk. Off. u. J D 101 an d. Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht ein Haus vor dem Postenthor, Preis 5-7000 Mk. Offert. unt. H L an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen eine Wohnbude mit 2 Wohnungen Rosenstraße 17/16. Näheres Schwartauer Chaussee 33.

Ein gut erhaltenes Fahrrad, Marke Glacs Pfeil, zu verkaufen. Preis 80 Mk. Dankwartstraße 37.

Zu verkaufen ein Sopha billig Gartenstraße 50, 1. Et.

Brüggesteine zu verkaufen Dankwartstraße 64.

Eine Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause Heinrichstraße 8.

Künstliche Zähne
Plombiren, Herabziehen u. Schmerzloses Zahnziehen nach neuester Methode.
H. Schrelber, Postenstraße 32.

Schöne Dauerbutter
empfiehlt die
Butterhandlung v. Th. Storm
Telephon 473. Königsstraße 98.

Jeder versuche!!
Wer Geld sparen will.
Sohlen und Absätze
für Herren 1.60, sehr stark 1.75,
für Damen 1.25, f. Kinder billiger.
Nur Kernleder. Anfert. sofort.
Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt
mit Maschinenbetrieb.
34 Fischergrube 34.

Zu verkaufen
Magnum bonum-Esskartoffeln
und zweite Lunge.
Heinrichstraße 26.

Wirklich starke Sommer-Jackets und Hosen
sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben und Leinenwaren empfiehlt
Carl Herm. Mich. Stave
4 Weiter Brambuden 4, zwischen Markt und Marienkirche.
Gegründet 1821.

Brauerei Paulshöhe
vorm. A. Spitta
zu Ostorf bei Schwerin i. M.
empfiehlt ihre
aus feinstem Hopfen und Malz gebrauten Lager-
und Pilsener Biere.
Best. Aufträge wolle man richten an unseren Vertreter:
Herrn **Martin Müller, Lübeck.**
Flaschenbierabzug: August Vietig, Lübeck, Fischergrube 45.
J. W. Möller, Lübeck, Steinraderweg.

St. Jürgen-Piederkrantz.
Ausflug per Bahn nach Waldhusen
am Sonntag den 25. Juni 1899.
Abfahrt 1.45 Uhr. Fahrkarten für Mitglieder à 40 Pfg. bis Freitag den 23. d. M.
beim Boten Herrn Ehlers, Gr. Bauhof 6.
Fremdenkarten à 75 Pfg. sind beim Vorstand zu haben. Abfahrt 9.55 Uhr.
Der Vorstand,

Die „Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal, Morgens und Abends.
Gratis-Beigabe:
Illustrirtes Sonntagsblatt
redigirt von Rudolf Escho.
Abonnementpreis
4 Mark 50 Pfg.
pro Quartal.
Volks-Zeitung.
Organ für Jedermann aus dem Volke.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath. Probenummern unentgeltlich.
Reicher Inhalt
und schnelle, zuverlässige Mittheilung
aller politischen, wirtschaftlichen, kommunalen und lokalen Ereignisse.
Scharfe und treffende Beleuchtung aller Tagesfragen.
Ausführlicher Handeltbeil, frei von jeder Beeinflussung.
Theater, Musik, Kunst, Wissenschaft und Gehwil.
Romane und Novellen aus der Feder der bestbelegten Autoren.
Im Feuilleton der Volks-Zeitung erscheint der neueste Roman der in der literarischen Welt sehr geschätzten Prinzessin Cantacuzene, „Carmela“. Die im Mittelpunkt interessanter und spannender Vorgänge stehende Heldin gehört zu den reizvollsten und sympathischsten Frauen-gestalten, welche jemals von einer feinsinnigen Schriftstellerin geschildert wurden. Auf diesen Roman folgt dann „Die Hardeggs“, eine größere Novelle von Adelsheid Weber, der Verfasserin von „Unterwäldt“ und des an fast allen deutschen Bühnen aufgeführten Schauspiels „Van Esjar“. — Das Illustrirte Sonntagsblatt veröffentlicht Novellen und Erzählungen von Pierre Feval, C. Maul, Rudyard Kipling, Reinhold Drimann u. A. m.
Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir — gegen Einzahlung der Abonnement-Quittung — die Zeitung bis Ende Juni schon von jetzt ab täglich unter Kreuzband unentgeltlich.
Expedition der „Volks-Zeitung“
Berlin W., Löhstraße Nr. 105 und Kronenstraße Nr. 46.

Prima
bayerische
Beech-Weberische
u. Stiefel und aller Art
mit Schuppen für Kinder,
Damen, Herren, Filschmitten, Zure-
Gänge empfiehlt in nur reeller Qualität
billigst **Rud. Kracht, Mägen. Mille 40.**
Botanisch, Schwinnofen, Manufaktur, Garbetob.,
Rud. Kracht, Lübeck, Mägen. Mille 40.
07 20115 90303 100000 100000 100000
100000 100000 100000 100000 100000
100000 100000 100000 100000 100000

Holst. Bruchkäse
bei
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.
Folkers'
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25
empfiehlt
gut gearbeitete Möbel, Spiegel und
Polsterwaren, vom einfachsten bis zum
elegantesten, zu billigen Preisen.

Bis zum Sonntag den 25. Juni
bauert der
*** Total-Ausverkauf ***
der
Sonnen- u. Regenschirme.
H. Stoppelman
Schirmfabrik,
Huxstraße 30.

Stelle von heute an einen großen Transport
echt russischer und
lithauer Pferde
kräftige Wagenpferde, äußerst billig, zum
Verkauf und Vertausch.
C. Wulf,
Crummesse bei Lübeck.
Tivoli-Theater.
Freitag den 23. Juni.
Die Anna-Liese.
Des alten Dessauers erste Liebe.
Volks-Schauspiel in 5 Akten von Gerich.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

„Es muß anders werden!“

iv. „Nur für Rittergutsbesitzer!“ Diese Inschrift mußte an den Eisenbahnen in Preußen angebracht werden, um die letzte Konsequenz der preussischen Eisenbahnpolitik, wie sie den Agrariern in ihren Träumen vorschwebt, ganz und voll zum Ausdruck zu bringen. Dann, denken sie, gäb' es keine Sachengängerei und keine Leutenoth, namentlich, wenn die Freizügigkeit aufgehoben und ein „Anzugsgehd“ gefordert werden würde. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die preussische Eisenbahnverwaltung sich gegenüber den Forderungen der Agrarier bereitwilliger zeigt, als gegenüber den Interessen des großen Publikums in einer Zeit, die im Reichen des Verkehrs steht. Die Gefahr, daß das Eisenbahnwesen in Deutschland nach den Wünschen schlesischer und ostpreussischer Junker eingerichtet wird, liegt keineswegs in unabsehbarer Ferne. Darum ist es ganz erklärlich, wenn in Süddeutschland ein Gegenstoß auf diese Bestrebungen erfolgt. Wir sind ganz gewiß weit davon entfernt, uns für partikularistische Interessen in's Berg zu legen. Aber wenn die Süddeutschen sich ihrer Haut wehren, so können wir ihnen das gar nicht verdenken. Wenn sie mit Preußen nicht vorwärts kommen können, so versuchen sie es eben ohne Preußen und es wird auch gehen. Bayern, Württemberg und Baden, sowie die Reichslande verständigen sich. Vielleicht werden die Agrarier diese Verständigung als eine große „Eisenbahnverschönerung“ gegen Preußen demünzieren. Aber es handelt sich dabei um Dinge, die ganz öffentlich vor sich gehen, und darum ist es charakteristisch, daß der württembergische Ministerpräsident v. Mittnacht es für angezeigt fand, sich in der Abgeordnetenkammer von vornherein dagegen zu verwahren, daß es sich um einen „Sonderbund“ handle.

Herr v. Mittnacht war früher ein Bewunderer und Nachahmer Bismarck's. Bewunderer ist er vielleicht noch, aber Nachahmer nicht mehr. Er hat sich in die veränderte politische Situation in Württemberg gefunden und hat oft ein kluges Nachgeben gezeigt, das man bei seinem einstigen Idol Bismarck vergebens gesucht haben würde. Die von ihm veranlaßten Maßnahmen im Eisenbahnwesen sind in Deutschland und im Ausland viel gelobt worden und mit vollem Recht. Man darf darum nicht glauben, daß die württembergischen Eisenbahnen eine ideale Verkehrsanstalt seien. Es haftet noch sehr viel Veraltetes an ihnen; namentlich fehlt ihnen die Präzision der preussischen und badischen Bahnen. Als in den letzten Jahrzehnten der Verkehr nach dem Süden so gewaltig anschwoll, veräuerte es die württembergische Eisenbahnverwaltung, sich desselben zu bemächtigen; Bayern und Baden nahmen sich den Löwenanteil. Erst in neuester Zeit hat Württemberg seinen Antheil wesentlich vermehrt.

Herr v. Mittnacht ist schon ein alter Mann; er zählt 74 Jahre und es ist uns schon öfter vorgekommen, als ob die Erzeleuz etwas regierungsmüde geworden sei und einen schönen Abgang suche. Nun, dagegen kann man nichts einwenden, wenn die Thaten, die diesen Abgang begleiten, zum Besten des Ganzen gereichen, und das ist bei der neuesten That des Herrn v. Mittnacht der Fall. Er will die Personentaxen auf den Eisenbahnen herabsetzen, und wenn die Reform durchgeführt ist, so wird man in Württemberg in der

dritten Klasse nur die Hälfte von dem zu bezahlen haben, was die preussische Eisenbahnverwaltung verlangt, und in der zweiten Klasse in Württemberg wird man genau so viel bezahlen, wie in Preußen in der dritten Klasse.

Dafür sollen die Rückfahrkarten und die Landeskarten, sowie die Fahrkartenbücher in Wegfall kommen. Man rechnet auf anderthalb bis zwei Millionen Ausfall in den Einnahmen. Allein das kann man kaum vorher bestimmen; das muß man abwarten. Wenn die Tarife erniedrigt werden, so kann der Verkehr außerordentlich zunehmen. Man sieht dies in Frankreich, wo die Eisenbahnen bei den niedrigeren Fahrpreisen sehr hohe Einnahmen erzielt haben. Auch Oesterreich und Ungarn haben sich bei dem Bonentarif über ihre Einnahmen nicht zu beklagen gehabt. Wir halten es für eine überflüssige Vorsicht, daß man die Rückfahrkarten abgeschafft hat. Vielleicht führt man sie nach den Erfahrungen des ersten Jahres wieder ein.

Es wäre noch manches hier zu sagen über die Mängel, die dem württembergischen Eisenbahnwesen anhaften; allein das kann uns hier wenig interessieren. Aber die Eisenbahnreform resp. die Tariferniedrigung, hat eine Bedeutung, die weit über die württembergische Grenze hinausgeht. Diese Bedeutung steigt noch dadurch, daß Württemberg sich mit Baden und Bayern im Einverständnis befindet. Vielleicht beruhen es die Hessen, daß sie die Ludwigsbahn halb in preussische Verwaltung gegeben haben.

Welche Reformen in Baden und Bayern geplant sind, das entzieht sich zur Zeit unserer Kenntniß. Aber da eine Verständigung mit Württemberg stattgefunden hat, so kann man annehmen, daß sich die Eisenbahnpolitik dieser Staaten gleichfalls in einer der preussischen konträren Richtung bewegt.

Und insofern ist das Ganze ein Symptom für eine bedeutende Wendung in unserer inneren Politik. So lange Fürst Bismarck am Ruder war, und gegenüber den Einzelstaaten das ganze Gewicht seiner historischen Persönlichkeit einzuwirken konnte, kam es selten zu bedeutenden Differenzen unter den Regierungen. Fürst Bismarck war in diesem Punkte auch ziemlich vorsichtig; er hat das Reichseisenbahnprojekt wieder fallen lassen. Mit diesem Projekt konnte man in der Theorie einverstanden sein; nunmehr tritt aber die Gefahr, die in demselben lag, deutlich hervor. Die agrarische Eisenbahnpolitik in Preußen wäre mit den Reichsbahnen, auf das ganze Reich ausgedehnt worden.

Von Bismarck ließen sich die süddeutschen Regierungen viel gefallen. Herrn Miquel gegenüber fühlen sie sich nicht so schwach und sie zeigen keine Lust, sich zu dem zu bequemen, was das unerfällliche ostelbische Junkertum unter dem Patronat des Herrn Miquel anstrebt. Bis jetzt wurde nur in der Presse, im Parlament und in den Volksversammlungen Opposition gemacht gegen die rückschrittlichen Bestrebungen in Preußen; nunmehr gesellen sich auch Regierungen zu dieser Opposition. Sie fangen fauft und vorsichtig an, aber es ist doch ein Anfang und zwar ein sehr bedeutsamer, in demselben Moment, da die Agrarier im preussischen Landtage mit unaussprechlichem Geschrei sich beklagen, daß die angeblich zu niedrigen Eisenbahntarife an der vielbesprochenen Leutenoth auf dem Lande Schuld seien.

Herr Miquel wird aus diesen Anzeichen erkennen, daß seine agrarische Politik in Süddeutschland wenig Chancen mehr hat. Man hat den Bogen zu straff gespannt; man

hat die Weidste der junkerlichen Ostelbier, ganz Deutschland in ein Ausbrütungsfeld für dieselben zu verwandeln und den Reichsapparat diesem edlen Zweck dienstbar zu machen, gar zu deutlich hervortreten lassen.

Diese Opposition in Süddeutschland wird hoffentlich auch der bürgerlichen Opposition gegen die junkerlichen Annahmen in Preußen einigermaßen das Rückgrat stärken; man hat es dort nötig.

Wir sind keine Optimisten und wollen die in Rede stehende Erscheinung gewiß nicht überschätzen. Aber man braucht auch ihre Bedeutung nicht zu verkennen. Herr v. Mittnacht befindet sich durchaus mit den Anschauungen und Wünschen der Bevölkerung Süddeutschlands im Einklang bei dem Schritte, den er gethan hat. Es liegt auch thatsächlich kein „Partikularismus“ darin; es ist nur der Widerstand gegen eine rückständige Richtung, die dem ganzen Reiche sich aufdrängen will zu dem Zweck, möglichst viel Gewinn an barem Gelde für sich dabei herauszuschlagen.

Zuchthausvorläge und Geschrei nach Aufhebung der Freizügigkeit in Berlin — Verbilligung der Personentaxen in Süddeutschland! Das ist kein Sonderbund und kein Bürgerkrieg, sondern der Anfang einer gelind n Besserung!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Ausstand der Stemmer auf der Schichau-Werft in Danzig ist zu Ungunsten der Streikenden beendet. — Der Streik der Textilarbeiter in der Jutespinnerei zu Hemslingen ist ein vollständiger. Es streiken nunmehr 800 Personen. — Der Maurerstreik in Dresden dauert unverändert fort. Die Situation ist günstig für die Arbeiter. Für die Streikenden und die über 900 von hier abgereisten Maurer haben die Unternehmer keinen Ersatz finden können trotz der größten Anstrengungen, welche sie im In- und Auslande machen; selbst das falsche Gerücht, daß der Streik beendet ist, verfangt nicht. — Die Weisgerber in Arnstadt streiken. Sie wollen ihren fargen Wochenlohn von 17,50 Mk. auf 18,50 Mk. erhöhen. — Die Maurer und Zimmerer in Elberfeld-Barmen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Der Streik der Fischer bei der Firma Vichlen und Friedrichs in Aöln ist durch Vergleich beendet. — Die Maurer in Bwida sind in den Ausstand getreten. Es streiken 500 Mann. — Die Freiburger Zimmerer haben wegen Ablehnung ihrer Forderungen auf allen Klagen gekündigt. Zuzug ist fernzuhalten. — Die Bauhölzer in Heidelberg sind zur Erlangung des löständigen Arbeitstages in eine Lohnbewegung eingetreten und ersuchen um Fernhaltung des Zuzugs. — Der Frankfurter Brauerstreik wurde von einer Versammlung streikender Brauer mit 114 gegen 40 Stimmen für beendet erklärt und in Folge dessen auch vom Gewerkschaftskartell der Bierbrenner aufgehoben. Ein Erfolg wurde nicht erzielt. — In Wilva streiken 2000 Hochofenarbeiter, weil drei Arbeiter bloß deswegen, daß sie der Sozialistenpartei angehört, entlassen worden sind. In Zusammenstoßen zwischen den Streikenden und den Truppen sind 7 Arbeiter verwundet worden.

Die Bewegung im Berliner Baugeverbe. Mit dem Maurerstreik beschäftigten sich am Montag zwei Versammlungen der Puzer und des Verbandes der Zimmerer. Die Puzer hielten eine sofortige Arbeitseinstellung zu Gunsten der Maurer nicht für thunlich; sie beschloßen vielmehr, erst in den Streik einzutreten, wenn bis Donnerstag keine Einigung erfolgt. Die Zimmerer beschloßen, vor der Hand keine Forderung zu stellen, auch nicht

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(51. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Er befahl, zum Richter zu fahren. Aber Zeugen hatte sich dem Seelenkampf, ob er die Mahnungen seines wohlwollenden Bruders oder den Beschluß der Gemeinde achten sollte, durch ein einfaches Mittel entzogen, er war nach Bablotow zur Schänke gegangen. Hingegen war Konstantin zu Hause und diktierte dem Kanzlisten durch zwei Stunden die wichtigsten Schmähungen gegen Gott und den Kaiser als angebliche Rede des Taras. Das war aber auch der einzige Zeuge, der zur Sache sprach; die übrigen Ankläger, die Kapronski sammelte, waren mehr originell, als instruktiv. Der rothe Schymlo zum Beispiel ließ die Kommission höflichst Platz nehmen, schilderte dann ausführlich die Persönlichkeit des Taras und als er über die Rede auszufragen sollte, bedauerte er lebhaft, sie vergessen zu haben. Andere wieder spielten keine Komödie, sie verweigerten jeder Antwort.

So war es sechs Uhr geworden. Die Angaben des Korporals ausgenommen, stand eigentlich nichts in den Protokollen; gleichwohl entschloß sich der Kommissär zur Mitreise. Es war höchste Zeit, wenn er die gefährlichste Stelle des Weges noch bei Tage passiren wollte.

Der Weg von Zulawce nach Bablotow läuft zuerst am Ufer des Pruth hin gegen Norden und wendet sich dann in scharfer Biegung ostwärts, um die Ebene zu durchschneiden. Als der Wagen diese Biegung passirte — die Dämmerung begann eben einzubrechen — richtete sich einer der Polizisten plötzlich empor und spähte nach dem andern Ufer hinüber.

„Was giebt's?“ schrie Herr Kapronski entsezt auf und umklammerte ihn; sein Auge trug nicht so weit.

„Bewaffnete Reiter,“ erwiderte der Mann. „Etwa

ein Duzend — sämtlich in Huzulentracht. Sie sind eben aus dem Walde hervorgebrochen und sehen durch eine Furch über den Fluß.“

Nun konnte auch der Kommissär die dunklen Gestalten auf den hellereu Wegen unterscheiden. „Nehren wir um“, stammelte er.

„Es geht nicht“, erwiderte der Kanzlist. „Die Leute sind früher am Ufer, als wir an ihnen vorbeikommen. Fahr' zu — gegen Bablotow!“ rief er dem Kutsher zu.

Kascher rollte das leichte Gefährt dahin, an den Aestern von Debeslawce vorüber. Aber da erscholl von fern der Fußschlag der Schaar, die das Ufer erreicht und nun hinter ihnen her war. Immer näher und näher scholl es, und bald hörte man auch verworrenes Stufen. Der Kommissär hielt den Arm des Polizisten umklammert und schloß die Augen; er war kaum mehr seiner Sinne mächtig.

„Halt!“ scholl es nun deutlich. „Halt! — oder wir schießen!“

„Fahr zu!“ riefen die Polizisten. Aber der Kutsher hielt die Kasse an, sprang ab und warf die Zügel hin. „Ich bin nicht gemietet, mich morden zu lassen!“ rief er. „Und dem Taras soll man nicht entfliehen wollen!“

Im nächsten Augenblick war der Wagen umringt. Zwei Reiter faßten die Zügel der Pferde, die Anderen hielten sich zu beiden Seiten, die Pistole im Anschlag, den Finger am Hahn. Ein schlanker, brauner Mann, ein rechtes „Falkenauge“, schien der Anführer zu sein. „Die Gewehre her!“ rief er den Polizisten zu.

Sie gehorchten.

„So — weiter haben wir nichts mit Euch zu schaffen. Unser Auftrag geht nur an den Herrn Schreiber da. Habe die Güte, auszufolgen.“

„Gnade!“ wimmerte Herr Kapronski.

„Wir thun Dir nichts“, versicherte der Anführer lächelnd.

„Wir haben Dich nur zu unserem Hetman Taras zu geleiten,

den, der Dich zu sprechen wünscht. Er wäre gerne selbst gekommen, hat aber für heute wichtigere Berrichtung. Also — habe die Güte.“

Er hielt ihm die Pistole vor. Der Kommissär erhob sich, aber seine Füße trugen ihn nicht. Die Reiter mußten ihn vom Wagen heben.

„Kannst Du reiten?“ fragte der Anführer und winkte einem Huzulen, der einen Klepper mit am Zügel führte. „Taras bedauert lebhaft, Dir keinen Wagen schicken zu können, hat aber sein frömmstes Pferd gewählt.“

Der Kommissär regte sich gar nicht und gab auch keine Antwort.

„Hebt ihn auf das Pferd!“ befahl der Anführer. „Bindet ihn fest! Zwei von Euch können ihn in die Mitte nehmen!“

Es geschah. Der Anführer nickte und wendete sich zu den Anderen, die auf ihren Sitzen geblieben: „Fahr' zu! Glückliche Reise!“

Sie ließen es sich nicht zwei Mal sagen. Als sie zurückblickten, verschwand die Reiterchaar, den Kommissär in der Mitte, bereits in dem Schatten der Dämmerung.

Wierzehntes Kapitel.

Steil und schmal, selbst dem Fußgänger nicht gefahrlos, aber dem kleinen, hageren Huzulenklepper bequem genug, zieht sich von Zulawce westwärts der Saumpfad in die Berge. Nur auf kurze Strecken ist er in jene tiefen, ewig kühlen und dämmerigen Einschnitte gelegt, welche die terrassenförmig aufgebauten Kluppen von einander scheiden; sonst geht er geradeweg über die Berge, so daß jedem jähen Aufstieg in wenigen Minuten ein ebenso jäher Abstieg folgt und der Wanderer vermeinen könnte, sich nicht dem Grat des Gebirges zu nähern, wenn nicht von jeder Höhe, die er erreicht, der Ausblick in's Flachland immer weiter und herrlicher würde. Von dem Scheitel jeder Kluppe ist solcher

wegen Durchführung des Stundenlohnes von 60 Pfg. die Welt niederzulegen. Nach einer am 6. Juni aufgenommenen Statistik giebt es 402 Zimmermeister in Berlin, welche 3865 Gesellen beschäftigen. Von diesen bezahlten 25 an 250 Ge- sellen 55 Pfg. pro Stunde, 71 an 330 Gesellen 55-60 Pfg., 209 an 2619 Gesellen 60 Pfg., 8 an 42 Gesellen 60 bis 65 und 1 an 6 Gesellen 65 pro Stunde.

Der Berliner Arbeitgeberbund für das Bau- gewerbe hielt Dienstag Mittag im Berliner Architektenhause eine Versammlung ab, in welcher bekannt gegeben wurde, daß in der am Montag im Abgeordnetenhaus statt- gefundenen Sitzung des Vorstandes der deutschen Baugewerks- meister das Vorgehen des „Berliner Arbeitgeberbund“ „all- gemein gebilligt“ worden sei. Schließlich sei noch beschlossen worden, Dienstag, den 27. d. M. einen Kongress aller Ver- einigungen aus dem Baugewerbe Deutschlands nach Berlin einzuberufen, um über Ausdehnung der Sperre auf ganz Deutschland event. zu beschließen. An diesem Kongresse würden 300-350 Delegierte theil- nehmen. — Arbeiter, seid auf der Hut! Das Vauapropen- thum holt zu einem gewaltigen Schläge aus.

Konflikt in der Deutschen Schuhfabrik in Erfurt. Die vor 9 Jahren nach dem für die Arbeiter unglücklich verlaufenen Erfurter Schuhmacherstreik gegründete Deutsche Schuhfabrik geht demnächst in eine Aktiengesellschaft über. Das Betriebskapital beträgt gegen 1250000 Mark. Mit dieser geschäftlichen Veränderung ist es gleichzeitig in dieser ehemaligen Genossenschafts-Schuhfabrik zu Differenzen gekommen. Den Papperminen wurde seitens des Meisters Contumelien zugefügt, die Zitternacht anzulegen, eine Arbeit, deren Bezahlung in den bisherigen Verträgen nicht vorgesehen war. Die Mädchen weigerten sich, diese Arbeit auszuführen, was zur Folge hatte, daß den Mädchen ein halber Pfennig pro Paar gekürzt wurde. Eine Arbeiterin stellte dem Meister die Sachlage mit den Worten vor: „Was sollen wir denn verdienen bei den Löhnen?“ Der Meister jedoch ließ sich nicht belehren, sondern antwortete: „Das kann mir gleich sein und wenn Sie 3 Mark die Woche verdienen.“ Die Arbeiterin replizierte: „Ja, wenn es nach Ihnen (dem Meister) ginge, könnten wir verhungern.“ Diese Neußerung brachte der Arbeiterin die Kündigung ein. Der Fabrikanschuß wurde anderen Tages ob dieser Maßregel des Meisters beim Prinzipal vorstellig. Dieser ließ die Maßnahmen des Meisters gut und lehnte jedes weitere Eingehen auf diese Angelegenheit ab. Der Schuhmacher- Helfer, Mitglied des Fabrikanschußes, nahm sich der Sache der Mädchen an, erreichte aber, daß er sowohl wie zwei Mädchen in's Kontor gerufen wurden; hier ließ sich der Prinzipal von den Mädchen bestärken, daß H. die Angelegenheit der Papperminen in die Hand genommen hatte. Nunmehr wurde H. vom Prinzipal sofort ent- lassen, eine Maßnahme, die begreiflicherweise den Un- willen der Mitarbeiter erregte. Am 15. Juni hat nun das Personal bis auf einige Personen die Kündigung eingereicht und sich somit mit dem Gemäßigten solidarisch erklärt. Es sind Verhandlungen zwischen der Firma und dem Vor- stande des Deutschen Schuhmacherverbandes eingeleitet.

Das Buchhaus-Vieb. In dem Buchhandelskreis unseres Parteigenossen Ernst Brezang spiegeln sich die Ge- danken der deutschen Arbeiterschaft wieder. In edler Form ist hier ausgedrückt, was den Arbeiter bewegt gegenüber jener Geschwulst, in deren Angeficht selbst in bürgerlichen Kreisen die Frage laut wurde, ob denn die Leitung des Staates ihren sozialen Zweck darin sehe, das deutsche Volk zu billigen Arbeitskräften einer Handvoll Großkapitalisten zu verwandeln? Wie zweifeln nicht daran, daß die markigen Verse in der deutschen Arbeiterschaft Ueberhall finden und bald in aller Munde sind. Das geschmackvoll angeordnete Gedicht ist zum Preise von 10 Pfg. zu beziehen durch die Buchhandlung des „Lib. Volksboten“.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In einem Jahre Gefängnis ver- urtheilte die Strafkammer in Gera den 21jährigen Haus- wirthlichen Weidmann wegen Verübung des dortigen Bismarck- Denkmals. — Wegen eines launigen und schweren Ab- fesses am rechten Arme mußte sich der 90jährige Mühlen- besitzer Schumann aus Haldensleben (Kreis Sanger- hausen) in Halle a. S. in klinische Behandlung begeben. Der behandelnde Arzt sprach die Ansicht aus, daß eine Heilung der kranken Stelle nur dadurch erzielt werden könne, wenn ein Stückchen völlig gesunder Haut zum Ueberwachsen auf die Wunde gelegt würde. Da es bei dem hohen Alter des Patienten bedenklich erschien, die eigene Haut zu verwenden,

Ausblüt möglich, weil hier der östliche Ort, welcher mit furchtbarer Gewalt aus der großen Ebene zwischen Don und Dnieper heranbraut, alles junge Baumwerk bricht oder biegt; sonst geht der Pfad immer zwischen mannshohem Farnkraut, haushohen Tannen dahin; an einer einzigen Stelle schlängelt er sich durch kahles, bräunlich-gelbes, sonder- bar geacktes Felsgestein. Das ist die „rothe Schlucht“, etwa eine halbe Tagreise von Zulawee entfernt. Wer sie durchzieht, folgt meist dem Hauptpfade, der immer westwärts zum „Schwarzen See“ und weiter in die Marmaros führt; nur Wenige schlagen an der Gabelung, etwa in der Mitte dieser Felsgegend, wo unter einer verküppelten Föhre ein kleines rothes Kreuz steht, den schmäleren Pfad zur Rechten ein. Die dürftige Spur, welche hier in jeder Steigung einen Fels- kegel hinaufklimmt, dort wieder über mürben, röhlichen Schluff, der wie gebrannter Ziegel unter dem Fuße knirscht, flüßt und bröckelt, jäh in die Tiefe sinkt, ist kaum mehr ein Pfad zu nennen; wem Leib und Leben lieb, läßt dem Klepper die Zügel und vertraut sich blind der Gewandtheit des Thieres; gleichwohl wird, wer je den Mitt gewagt, mit Entzücken daran zurückzudenken. Denn kann eine Stunde lang führt der Weg durch jene bräunlich-fahle Wildniß; dann aber, wenn man durch eine enge Felspalte hindurchgewun- den, grüßt der Blick ein Thal so voll heiterer Anmuth, voll lichter Schönheit, wie sich in diesem Gebirge kaum Nehliches bietet. Um einen kleinen, tiefblauen See steht herrliches Buchen- gebölz, die sanften Höhen, welche die Wände dieses geschütz- ten Kessels bilden, sind von unzähligen Blumen bedeckt, die

erbot sich der 31jährige Sohn, mit seinem eigenen Fleische seinem Vater zu helfen. Er ließ sich ein großes Stück Haut vom rechten Oberschenkel ablösen, das sofort auf die Wunde des Vaters gelegt wurde. Vater und Sohn befinden sich, beide nun in ärztlicher Behandlung, den Umständen nach wohl. — Ein Mädchenhändler ist in Wei- ßen bingest gewacht worden. Der Mann trug eine Mädchenstutze und war begleitet von zwei jungen uner- fahrenen Mädchen und sechs jungen Mädchen, sämmtlich aus der Umgegend von Gletshof stammend. Im Verhör gab der Verhaftete an, daß er seine Begleiter für ein Kloster in Rom angeworben habe und jetzt nach dorthin zu reisen gedenke. Aus einem bei ihm vorgefundenen Kontrakte ging indessen hervor, daß die Mädchen nach Rußland verschleppt werden sollten, um dort an ein öffentliches Haus verkauft zu werden. Die Untersuchung dieser interessante Einzelheiten an den Tag bringen. — Der „Einbrecherkönig“ Moidl, dessen Liste etwa 250 Diebstähle anweist, wurde in Wien nach sechstägiger Verhandlung zu acht Jahren schweren Kerfers verurtheilt. — Die Arrestanten des Gefängnisses in Nowosibirsk (Rußland) erfuhren, daß von einer Wohlthätigkeitsveranstaltung 22 Rubel 25 Kopeken zu dem Zwecke eingegangen waren, daß sie am hundertsten Geburts- tage Puschkin's ein besseres Essen und Weißbrod zum Thee erhalten sollten. Sie baten aber die Direktion, dieses Geld nebst 13 Rubel 23 Kopeken, die die Zinsfassen des Gefäng- nisses unter einander gesammelt hatten, zum Besten der Hunger leidenden Wauern zu verwenden. — Eine neue elektrische Kanone soll ein Lehrling Newman in Whitehads Torpedowerkstätte erfunden haben. Das Modell wiegt nur sieben Pfund; aber die mit diesem winzigen Ge- schosse angestellten Versuche, wobei in der Entfernung von einer englischen Meile eine Scheibe mehrmals getroffen und zertrümmert wurde, während in der Entfernung von fünf Meilen trotz der vorzeitigen Entladung die Scheibe in Stücke ging, waren so befriedigend, daß die englische Admiralität nach der „Voss. Ztg.“ dem jungen Mann 75000 Pfund für seine Erfindung angeboten hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der schon oft vorbestrafte 22jährige Schneider Georg Klant von Kirchberg wurde in einer Wirthschaft wegen Zechprellerei festgenommen. Er widersetzte sich dabei den Schuppten, beleidigte sie, schlug ihnen ins Gesicht und, damit das Maß voll werde, erging er sich in unflätigen Ausdrücken über König und Kaiser. Die Strafkammer in Stuttgart ver- urtheilte die Ehre der Majestäten gegen den Menschen, in- dem sie ihn wegen doppelter Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurtheilte, wozu wegen der übrigen Vergehen noch drei Monate kommen. — Vor dem Land- gericht in Nürnberg wurde gegen den Arbeiter Joh. Meier wegen Beleidigung des deutschen Kaisers, des Prinz- regenten und des bayerischen Generalsabes verhandelt. Ende Mai ließ er in einer Wirthschaft Neben vom Stapel, die nur dem Hüne eines Verächters oder Verantwörtlichen entspringen können. Letzteres war er nicht, nach Aussage der Zeugen; gegen ersteres spricht das Gutachten des künigl. Landgerichts- Arztes Dr. Barck. Dieser erklärt ihn für einen aufgeregten Menschen, der viel gelitten und wenig verdamt habe, aber zurechnungsfähig sei. Das Urtheil, das im „Militär- Wochenblatt“ veröffentlicht wird, lautet auf 1 Jahr sechs Monate Gefängnis. — Der Vädergeselle Alexander G. Landl aus Wreslan wurde von der Strafkammer des Landgerichts in Regensburg wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis ver- urtheilt.

Prozess Mapp-Küchler. Von der Strafkammer in Darmstadt ist am Freitag der Wechselwähler Mapp, zu dem der Landgerichtsdirektor Küchler so fettame Beziehungen hatte, vom Gerichtshofe zu drei Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. Der Wirthschafts- fabrikant Mapp war angeklagt der Urkundenfälschung, des Betrugs, des Bankrotts und der Begünstigung eines Gläu- bigers nach Eröffnung des Konkursverfahrens. Dieser Gläubiger soll der Landgerichtsdirektor Küchler sein. In der Gerichtsverhandlung erklärte Mapp, daß Küchler ihm seit Ende 1897 im ganzen 11000 Mk. geliehen habe; nach mehr- fachen Abzahlungen seien etwa 8000 Mk. übrig geblieben. Die Neußerung „über kurz oder lang werde die Geschichte über ihn zusammenbrechen und er dann an der Autorität Küchlers einen sicheren Halt haben“, bestritt Mapp entschieden. Er gab zu, daß er Küchler zwei Fässer Wein und Cigarren redirt, ihm auch freiwillig sein gesamtes Mobiliar verkauft habe. In der über diesen Kaufvertrag angestellten Urkunde heißt es u. a.: „Da ich Herrn Landgerichtsdirektor Küchler längst 5000 Mk. schulde und ihm längst Sicherheit versprochen

habe, mein Vermögen augenblicklich nicht realisiren kann, verkaufe ich demselben mein gesamtes Mobiliarvermögen zum Kaufpreise von 4000 Mk.“ u. s. w. In dem Kauf- vertrag sind die einzelnen Mobiliargegenstände vom An- käufer aufgeführt, von der Hand des Herrn Küchler für aber noch einige Ergänzungen gemacht, u. a. wie der Mo- bilien unter großer Heiterkeit ausführte, eine Kollisions- im Werthe von 15 Pf. Mapp erhielt dann von Küchler folgende Bescheinigung: „Herrn Mapp bescheinige ich hiermit, daß dieser mir durch rechtmäßigen Kaufvertrag den sofortigen Besitz seines gesamten Mobiliarvermögens für den Kauf- preis von 4000 Mk. übertragen hat.“ Präsi.: Diese Urkunde scheint bestimmt zu sein, nur den Gläubigern gegenüber als Kopanz vorgehalten zu werden. Angekl.: Ich habe keine Werth darauf gelegt. Präsi.: Aber auf der anderen Seite scheint Werth darauf gelegt zu sein. Auffällig muß die eigenthümliche Ausdrucksweise in der Abtretungsurkunde er- scheinen, in der es heißt: „Obwohl ich mich noch in Zu- stande vollkommener Zahlungsfähigkeit befinde, aber nicht in der Lage bin, den schuldenden Ver- trag augenblicklich in bar bedeu zu können.“ Angekl.: Ich habe es gar nicht gelesen. Präsi.: Das ist dann um so mehr ein Beweis, daß Sie an der Urkunde unschuldig sind. Da- scheint alles von Herrn Küchler ausgegangen zu sein. Am 10. August Nachts brannte bei Mapp ein Lager- schuppen ab und schon am 11. August wurde eine Urkunde ausgehellt, die Küchler den Brandschadenbetrag aus der Ver- sicherung übertrug. Präsi.: Das hat ja ungeheure Preise. Offenbar sollten doch nur andere Gläubiger abgehalten werden. Angekl.: Ich war gar nicht zu Hause, das hat meine Frau gemacht. Präsi.: Sie haben es aber später genehmigt. Es zeigt sich wieder, daß diese Geschichte nicht Ihrem Mopf entsprungen ist. Der Vorsitzende verlas eine von Küchler an das Amts- gericht gerichtete Erklärung, worin er sagt, daß es sein Ver- streben gewesen sei, Mapp seine Wohlthaten zu gewähren, damit dieser der Gesamtheit seiner Verpflichtungen nachkommen könne. Seine Sicherung hatte er für vollständig und unan- fechtbar, da ihm zu keiner Zeit bekannt gewesen sei, daß Mapp zahlungsunfähig sei. Er sei überzeugt gewesen, daß Mapp sich um vorübergehenden Zahlungsschwierigkeiten befände. Andererseits wäre es ihm als Jurist klar gewesen, daß jeder Pfennig verloren sei, den er Mapp gebe. Um aber den leisesten Zweifel zu vermeiden, daß er Küchler eine bevorzugte Stellung vor anderen Gläubigern einnehme, habe er sich entschlossen, auf seine Wohlthaten zu verzichten. Dieser Entschluß beweise, wie ungerecht die Angriffe gegen seine Person seien. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob nicht vielleicht das Motiv für den Verzicht darin zu finden sei, daß die Anwälte mit einem Anfechtungsprozeß drohten, er- widerte der Untersuchungsrichter v. Heffer als Zeuge: Küchler wußte, daß die Cessionen angefochten werden sollten. Der Gerichtshof nahm an, daß Mapp sämtliche vorgelegte Wechsel selbst gefälscht habe. Der Bankrott und die Be- günstigungen seien verschiedene Modalitäten desselben Delikts. Sämmtliche Ueberweisungen mit Ausnahme der Pfandanttheile an der Darmstädter Volksbank und der Handels- und Ge- werbebank in Frankfurt seien zum Zwecke der Sicherung ge- geben und genommen. Nach der Ansicht beider Theile, des Mapp und des Küchler, bedeutete dies nicht eine erste Vertheidigung, sondern eine Sicherung, durch die die anderen Gläubiger geschädigt werden mußten. Die Sicherungen seien pro praeterito et futuro (für Vergangenheit und Zukunft) gegeben worden für alles, was aus gegenseitigem Verhältniß entstanden war, oder entstehen sollte. Eine gültige vertrags- mäßige Abmachung über die Sicherung habe nie stattgefun- den. Rechtliche Geltung und Bedeutung konnte sie nie haben. Auf jeden Fall hätten die gegebenen Sicherungen dem Zeu- gen Küchler nicht zugestanden. Mapp erkannte das Urtheil nach anfänglicher Weigerung an. Landgerichtsdirektor Küch- ler ist nun seine Pensionirung eingetroffen. Damit ist das neuerlich gegen ihn eingeleitete Disziplinär- verfahren nicht ohne weiteres erledigt. Vielmehr findet Artikel 14 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Rich- ter Anwendung, welcher bestimmt: Hat ein pensionirter Richter sich während seines aktiven Amtsverhältnisses eines Dienstvergehens schuldig gemacht, so ist an Stelle der Dienst- entlassung auf Verlust des Titels und Ruhegehalts zu er- kennen, unbeschadet der dem Disziplinarstrafgericht zustehen- den Befugniß, festzusetzen, daß dem Angeklagten ein Theil des gesetzlichen Ruhegehalts auf Lebenszeit oder auf gewisse Jahre zu betragen sei.

Weiteres. Im Kriegerverein. „Wir konnten Sie ja vorher unterrichten, trotz rabidale Ansichten zu äußern?“ — „Un- schuldigen, Herr Vorstand — ich habe etwas zubielt getrunken und —“ „seine Ausrede! Je bestoener der Patriot ist, desto loyaler wird er!“ (S.)

und brachten dem neuen Nachbar zum Gruss' Brod und Schaffleisch, Butter und Milch. Taras wußte, wie schwer den armen Menschen diese Gastlichkeit werde; auch reich- sein Geldverrath für Monate; gleichwohl wagte er es nicht, die Geschenke zurückzuweisen, weil ihm wohlbekannt war, daß sie dies als bittersten Schimpf empfinden und ahnden würden. Nicht viel erwünschter kamen ihm ihre Söhne und Vettern, die sich seiner Schaar zugesellen wollten, durchweg kluge Jünglinge, als Jäger und Hirten dieser Bergwüste an jegliche Gefahr, an alle Anbill der Witterung gewöhnt. Die Ergebnisse für den „Näher“, noch mehr die Maulstuf bestimmte sie zu diesem Entschlusse, und Taras war fest überzeugt, daß sie ihn in keiner Noth verlassen oder ver- rathen würden. Dennoch schlug er den Meisten ihre Bitte ab; an Gehorsam waren diese Halbwilden nicht zu gewöhnen, noch minder an strenge Mannszucht, und wenn auch vielleicht die Speicher und Truben vor ihnen sicher waren, so doch nimmer die Ehre der Frauen.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez' Verlag) ist soeben das 39. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vorpstengesechte. — Die „Buchhausvorlage“. Be- sprachen von Arthur Stadthagen. — Zur Wohnungsfrage. Von C. Hugo. — Stilwandelungen. Von Johannes Gaulte. — Notizen: Die oberösterreichische Glacehandlungshanderei. — Feuilleton: Erinnerungen eines Achtundvierzigers. (Fortsetz.)